

Nr. 3 | Mai 2019

ISSN 1661-4836

ecopolitics

politfocus umweltpolitik



Inhalt

Focusgeschäft.....	3
① Trinkwasser- und Pestizid-Initiativen	3
Bundesrat und Bundesverwaltung	5
Umweltpolitik allgemein	5
Energie.....	5
Natürliche Ressourcen Ökosysteme	8
Nachhaltigkeit	10
Tier- und Artenschutz	10
Raumplanung Raumentwicklung	10
Verkehr Lärm	12
Klima Luft.....	14
Internationale Umweltpolitik	14
Parlament	16
Rückblick Sondersession (07.– 09.05.2019)	16
Nationalrat	16
Vorschau Sommersession (03.06. – 21.06.2019)	18
In beiden Räten.....	18
Nationalrat	22
Ständerat.....	27
Interkantonale Gremien Verbände	30
Energie.....	30
Natürliche Ressourcen Ökosysteme	30
Tier- und Artenschutz	30
Verkehr Lärm	31
Klima Luft.....	32
Impressum	33

Focusgeschäft

① Trinkwasser- und Pestizid-Initiativen

Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung - Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz. Volksinitiative (18.096)

Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide. Volksinitiative (19.025)

- ① Die «Trinkwasserinitiative» verlangt, dass nur noch diejenigen Landwirtschaftsbetriebe mit Direktzahlungen unterstützt werden, die keine Pestizide einsetzen, ohne prophylaktischen Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung auskommen und deren Tierbestand mit dem auf dem Betrieb produzierten Futter ernährt werden kann. Damit soll die Qualität des Trinkwassers sichergestellt werden.
- ① Die «Pestizid-Initiative» verlangt, dass der Einsatz von synthetischen Pestiziden in der landwirtschaftlichen Produktion, in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und in der Boden- und Landschaftspflege verboten wird. Auch die Einfuhr von Lebensmitteln, die synthetische Pestizide enthalten oder mithilfe solcher hergestellt worden sind, soll verboten werden.
- ⌘ Der Bundesrat empfiehlt beide Initiativen zur Ablehnung. Eine Annahme der «Trinkwasserinitiative» hätte weitreichende, schädliche Folgen für die Schweizer Landwirtschaft und Ernährungssicherheit. Die Initiative nehme berechtigte Anliegen auf, die jedoch bereits mit den heutigen agrarpolitischen Massnahmen angestrebt würden und im Rahmen der Agrarpolitik ab 2022 verstärkt und ergänzt werden sollen. Auch die «Pestizid-Initiative» hätte nachteilige Folgen für die Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft. Der Bund erfülle die Anliegen der Initiative bereits mit diversen Massnahmen im Rahmen des Aktionsplans Pflanzenschutzmittel und schlage im Rahmen der Agrarpolitik ab 2022 weitere Vertiefungen vor, ohne dabei den Handlungsspielraum für die Land- und Ernährungswirtschaft unverhältnismässig einzuschränken.
- II Die Landwirtschaftskommission des Nationalrats (WAK-NR) hat sich im Frühjahr 2019 mit den beiden Volksinitiativen beschäftigt und Anhörungen dazu durchgeführt. Die beiden Initiativkomitees, VertreterInnen der Landwirtschaftsdirektorenkonferenz (LDK), der Eawag, des Schweizerischen Vereins des Gas- und Wasserfachs (SVGW), des Bauernverbands (SBV), der Agrarallianz, des Gewerbeverbands (sgv) sowie der Föderation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien (fial) haben ihre Positionen dargelegt. Die Kommission empfiehlt die «Trinkwasserinitiative» mit 18 zu 7 und die «Pestizid-Initiative» mit 18 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen jeweils ohne Gegenentwurf zur Ablehnung. Die Mehrheit hält beide Initiativen für zu extrem und heikel in der Umsetzung. Sie sieht die Versorgung mit Lebensmitteln gefährdet und Arbeitsplätze bedroht. Sie ist der Meinung, was der Bundesrat im Zusammenhang mit der Agrarpolitik 2022+ und dem Aktionsplan Pflanzenschutzmittel vorsehe, sei wirkungsvoll genug. Zudem sei der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in den letzten Jahren bereits deutlich zurückgegangen. Eine Minderheit hingegen ist der Ansicht, der Handlungsbedarf sei gegeben und wünscht verbindliche Vorgaben auf Gesetzesstufe. Die entsprechenden Anträge für indirekte Gegenvorschläge hat die Kommission jedoch abgelehnt.

Der Antrag, durch gesetzliche Anpassungen die Risiken der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln zu halbieren und Alternativen zum chemischen Pflanzenschutz zu fördern, den Schutz vor nachteiligen Einwirkungen durch Pflanzenschutzmittel zu verbessern und den Fremdstoffeintrag in das Grundwasser zu senken, scheiterte mit 12 zu 13 Stimmen. Eine Minderheit der Kommission beantragt die Rückweisung an die Kommission mit dem Auftrag, einen indirekten Gegenentwurf zu erarbeiten. Zwei Anträge auf direkte Gegenentwürfe zielen auf eine Ergänzung des Landwirtschaftsartikels in der Bundesverfassung (Art. 104 BV): Einer lehnt sich eng an den Text der Trinkwasser-Initiative an, lässt jedoch deren schwierig umzusetzende Punkte weg, der andere will die Einträge von potenziell schädlichen Stoffen aus der Landwirtschaft reduzieren. Beide Anträge wurden mit je 15 zu 7 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt, werden aber als Minderheitsanträge in den Rat kommen.

» Der Nationalrat berät die Initiativen am 19. und 20. Juni 2019 als Erstrat.

**IG Detailhandel, WWF, schweizerischer Verein des Gas- und Wasserfaches und Stiftung für Konsumentenschutz:
Weiter wie bisher ist keine Option**

✗ Die IG Detailhandel, der WWF, der schweizerische Verein des Gas- und Wasserfaches und die Stiftung für Konsumentenschutz haben sich in einem gemeinsamen Schreiben an die Mitglieder der vorberatenden Landwirtschaftskommission gewandt. Darin haben sie gebeten, den Initiativen einen substantiellen indirekten Gegenvorschlag entgegenzustellen, welcher den Anliegen der Initiativen Rechnung trägt und diese auf gesetzlicher Ebene abhandelt. Dies mit der Begründung, dass in der Schweiz jährlich über 2'000 Tonnen Pflanzenschutzmittel ausgebracht werden. Damit liege der Verbrauch pro Hektare in der Schweiz deutlich über demjenigen von vergleichbaren Ländern. Rückstände von Pflanzenschutzmitteln fänden sich auch im Grundwasser wieder. Die Schweizer Landwirtschaft und die gesamte Branche habe in den letzten Jahren zwar bereits einiges unternommen, um den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu reduzieren. Die Massnahmen würden aber nicht ausreichen, um ökologische Ziellücken zu schliessen. Wolle die Schweizer Landwirtschaft auch künftig am Markt erfolgreich sein, müsse sie sich von der ausländischen Produktion abheben. Die nachhaltige Produktion sei ein Mehrwert, der von den KonsumentInnen zunehmend eingefordert werde. Die Initiativen enthielten Forderungen, die zu einem grundlegenden Umbau der Land- und Ernährungswirtschaft führen würden. Zudem müsste dieser Umbau in sehr kurzer Zeit erfolgen. Bundesrat und Gesetzgeber seien deshalb gefordert, eine Kompromisslösung zu finden, die den Bedenken der KonsumentInnen in Bezug auf den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln Rechnung trage, ohne die landwirtschaftliche Produktion in der Schweiz übermässig zu belasten. Dafür brauche es substantielle indirekte Gegenvorschläge.

⌋ WWF Schweiz, Manuel Graf, Leiter Politik, T 044 297 21 24

⌋ IG Detailhandel, Jürg Maurer, Leiter AG Binnenmarkt, T 031 313 33 35

⌋ Verein des Gas- und Wasserfaches, Martin Sager, Direktor, T 044 288 33 33

⌋ Stiftung für Konsumentenschutz, Sara Stalder, Geschäftsleiterin, T 031 370 24 24

🔗 Vollständige Meldung

Bundesrat und Bundesverwaltung

Umweltpolitik allgemein

Umwelt: Bundesrat genehmigt Änderungen an sechs Verordnungen

- ① Der Bundesrat hat am 17. April 2019 Änderungen an sechs Verordnungen im Umweltbereich genehmigt. Diese betreffen den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV), die Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung (ChemRRV) und die Gewässerschutzverordnung (GSchV). Zudem wurde der Anhang der Verordnung über die Bezeichnung der im Bereich des Umweltschutzes sowie des Natur- und Heimatschutzes beschwerdeberechtigten Organisationen (VBO) um zwei Vereine erweitert. Weiter wurden in die Verordnung über die Erhebung von Tonnenkilometerdaten aus Flugstrecken und die Berichterstattung darüber Präzisierungen zum Einbezug der Luftfahrt in das Emissionshandelssystem eingefügt. Schliesslich gab es zwei geringfügige Änderungen bei den rechtlichen Grundlagen, welche die Umsetzung der Programmvereinbarungen in den Sektoren Gewässerschutz und Wald regeln.

📞 Bundesamt für Umwelt (BAFU), Sektion Medien, T 058 462 90 00

📄 [Vollständige Meldung](#)

Keine eidgenössische Volksabstimmung am 24. November 2019

- ① Wie der Bundesrat am 1. Mai 2019 beschlossen hat, wird auf die Durchführung einer eidgenössischen Volksabstimmung am 24. November 2019 verzichtet. Das nächste Datum für eine eidgenössische Volksabstimmung wird der 9. Februar 2020 sein. Der Bundesrat wird zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden, welche Vorlagen an diesem Datum zur Abstimmung gelangen.

📞 René Lenzin, Bundeskanzlei, T 058 462 54 93

📄 [Vollständige Meldung](#)

Einmalvergütung für grosse Photovoltaikanlagen: Warteliste kann 2019 weiter abgebaut werden

Energie

- ① 2019 kann die Warteliste für die Einmalvergütung grosser Photovoltaikanlagen (GREIV) weiter abgebaut werden. Dies dank zusätzlicher finanzieller Fördermittel im Umfang von CHF 30 Millionen, welche aufgrund gestiegener Strommarktpreise im Jahr 2018 zur Verfügung stehen. Im Verlauf von 2019 erhalten damit alle Anlagenbetreiber eine GREIV-Zusicherung, die ihr Gesuch bis 31. Januar 2014 eingereicht hatten. Die GREIV-Warteliste kann damit um rund 400 grosse Photovoltaikanlagen abgebaut werden.

📞 Marianne Zünd, Bundesamt für Energie, Leiterin Medien, T 058 462 56 75

📄 [Vollständige Meldung](#)

Wasserkraft Schweiz: Statistik 2018

- ① Die Schweiz betrieb Anfang 2019 658 Wasserkraft-Zentralen mit einer Leistung grösser 300 kW, dies sind acht Anlagen mehr als im Vorjahr. Die erwartete Energieproduktion stieg um rund 122 GWh/a auf rund 36'449 GWh/a. Die Wasserkraft macht 57 Prozent der inländischen Stromproduktion aus.

📞 Marianne Zünd, Bundesamt für Energie, Leiterin Medien, T 058 462 56 75

📄 [Vollständige Meldung](#)

Schweizer Kernmaterialbestände im Ausland

① Alle sich in Schweizer Besitz befindenden Kernmaterialbestände im Ausland müssen seit Inkrafttreten des Kernenergiegesetzes jährlich den Aufsichtsbehörden gemeldet werden. Schweizer Kernanlagen besitzen Kernmaterial in Deutschland, Frankreich, Grossbritannien und Schweden. Das Bundesamt für Energie hat diesbezüglich die Bestandeszahlen für das Jahr 2018 veröffentlicht.

⌚ Marianne Zünd, Bundesamt für Energie, Leiterin Medien, T 058 462 56 75

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Bundesrat setzt die «Strategie Stromnetze» per Juni 2019 in Kraft

① Um das Stromnetz den heutigen Anforderungen anpassen und eine rasche Entwicklung und Flexibilisierung gewährleisten zu können, hat das Parlament im Dezember 2017 das Bundesgesetz über den Um- und Ausbau der Stromnetze (Strategie Stromnetze) verabschiedet, welches Teilrevisionen des Elektrizitätsgesetzes und des Stromversorgungsgesetzes umfasst. Der Bundesrat hat das Gesetz und Verordnungspaket mit wenigen Ausnahmen per 1. Juni in Kraft gesetzt. Gegenüber den Vernehmlassungsentwürfen mussten wichtige Anpassungen an einigen Bestimmungen vorgenommen werden. Dies betrifft unter anderem Bestimmungen zum Mehrkostenfaktor und zu den Mehrjahresplänen.

⌚ Marianne Zünd, Bundesamt für Energie, Leiterin Medien, T 058 462 56 75

🔗 [Vollständige Meldung](#)

68 Prozent des Stroms aus Schweizer Steckdosen stammt aus erneuerbaren Energien

① Am 5. April 2019 wurden die Daten über die Stromlieferung 2017 publiziert. Diese zeigen, dass 2017 der Strom aus den Schweizer Steckdosen zu 68 Prozent aus erneuerbaren Energien stammte, mit 60 Prozent sind die Grosswasserkraftwerke die Hauptlieferanten. Rund 7 Prozent des Stroms stammt aus Photovoltaik, Wind, Kleinwasserkraftwerk und Biomasse. Die Kernenergie macht 15 Prozent des Gesamtanteiles aus, und etwa ein Prozent kommt aus fossilen Energieträgern oder aus Abfällen. 16 Prozent des gelieferten Stroms kommt aus unüberprüfbareren Quellen. Mit dem neuen Energiegesetz ist die Angabe von nicht überprüfbareren Energieträgern ab dem Tarifjahr 2018 nicht mehr zulässig.

⌚ Marianne Zünd, Bundesamt für Energie, Leiterin Medien, T 058 462 56 75

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Stromverbrauch 2018 um 1,4% gesunken

① Mit 61,9 Milliarden kWh fiel der Stromverbrauch der Schweiz 2018 um 1,4 Prozent geringer aus als im Vorjahr, obwohl wichtige Einflussgrößen wie die Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung verbrauchssteigernd wirkten. Dies ist auf eine geringere Anzahl Heizgradtage und auf eine Effizienzsteigerung zurückzuführen. Die Elektrizitätsproduktion hingegen hat 2018 um 9,9 Prozent auf 67,5 Mrd. kWh zugenommen. An der gesamten Elektrizitätsproduktion waren die Wasserkraftwerke zu 55,4 Prozent, die Kernkraftwerke zu 36,1 Prozent sowie die konventionell-thermischen und erneuerbaren Anlagen zu 8,5 Prozent beteiligt. Die Schweiz exportierte 2018 mehr Strom als sie importierte, so dass sich ein Exportüberschuss von 1,6 Milliarden kWh und ein positiver Aussenhandelsaldo von CHF 277 Millionen ergaben.

⌚ Marianne Zünd, Bundesamt für Energie, Leiterin Medien, T 058 462 56 75

🔗 [Vollständige Meldung](#)

UVEK startet Vernehmlassung zur Revision von Verordnungen im Energiebereich

① Das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) hat am 18. April 2019 die Vernehmlassung zu Teilrevisionen von drei Verordnungen im Energiebereich eröffnet. Die Revisionen betreffen die Energieeffizienz- (EnEV), die Energieförderungs- (EnFV) sowie die Energieverordnung (EnV) und beabsichtigen, im Rahmen der Energiestrategie Investitionen in Speicher-Wasserkraftanlagen zu fördern und die Energieeffizienz von Personenwagen zu verbessern. Die Vernehmlassung dauert bis zum 19. Juni 2019.

⌚ Marianne Zünd, Bundesamt für Energie, Leiterin Medien, T 058 462 56 75

🔗 [Vollständige Meldung](#)

UVEK erteilt eine weitere Bewilligung für Sondierbohrungen in den potenziellen Standortgebieten für geologische Tiefenlager

① Die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) untersucht seit diesem Jahr mit Sondierbohrungen den geologischen Untergrund. Gestützt auf die Untersuchungsergebnisse wird die Nagra gegen 2022 bekannt geben, für welche Standortgebiete sie Rahmenbewilligungsgesuche für den Bau von geologischen Tiefenlagern ausarbeiten wird. Im Frühling 2019 hat das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) weitere Sondierbohrungen im Standortgebiet Nördlich Lägern, Zürich Nordost sowie Jura Ost bewilligt.

⌚ Marianne Zünd, Bundesamt für Energie, Leiterin Medien, T 058 462 56 75

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Nagra legt Vorschläge zur Konkretisierung der Oberflächeninfrastrukturen für geologische Tiefenlager vor

① In der Schweiz wird nach geeigneten Standorten für geologische Tiefenlager für radioaktive Abfälle gesucht. In der laufenden dritten und letzten Etappe der Standortsuche stellt sich die Frage, wo welche Anlagen an der Oberfläche gebaut werden sollen. Konkret geht es um die Platzierung der Nebenzugangsanlagen (NZA). Die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) hat am 9. Mai 2019 konzeptuelle Vorschläge zur Platzierung der Oberflächeninfrastrukturen vorgelegt. In einem nächsten Schritt werden diese von den Regionalkonferenzen der betroffenen Standortgebiete Jura Ost, Nördlich Lägern und Zürich Nordost diskutiert. Die Stellungnahmen der Regionalkonferenzen und der Standortkantone sollen bis Anfang 2021 vorliegen.

⌚ Marianne Zünd, Bundesamt für Energie, Leiterin Medien, T 058 462 56 75

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Schweizer Hausdächer und -fassaden könnten jährlich 67 TWh Solarstrom produzieren

① In einem Gemeinschaftsprojekt haben die Bundesämter für Energie (BFE), Landstopografie (swisstopo) und Meteorologie (MeteoSchweiz) ein Solarpotenzialkataster erarbeitet. Interaktive Anwendungen auf www.sonnenfassade.ch und www.sonnendach.ch zeigen für jede Schweizer Immobilie an, wie gut Fassade und Dach für die Solarenergiegewinnung geeignet sind. Das gesamte ausschöpfbare Solarstrompotenzial der Schweizer Gebäude liegt bei 67 TWh pro Jahr, die tatsächliche Solarstromproduktion betrug 2017 hingegen knapp 1,7 TWh.

⌚ Marianne Zünd, Bundesamt für Energie, Leiterin Medien, T 058 462 56 75

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Natürliche Ressourcen | Ökosysteme

Zu viele Pflanzenschutzmittel in kleinen Bächen

- ① Die Eidgenössische Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz (Eawag) und das Oekotoxzentrum haben von März bis Oktober 2017 kleinere Bäche in landwirtschaftlich genutzten Einzugsgebieten auf Pflanzenschutzmittel untersucht. Die Resultate der Studie zeigen, dass die Gewässer stark belastet sind. Die Konzentrationen einzelner Stoffe stellen über Monate hinweg ein Risiko für eine chronische Schädigung der Organismen in den Bächen dar und liegen über längere Zeit über Werten, ab denen für Pflanzen und Tiere im Gewässer ein akut toxisches Risiko besteht. Zur Reduktion der Gewässerbelastung brauche es gemäss Eawag verschiedene Massnahmen: den Ersatz besonders kritischer Stoffe, eine generelle Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln sowie das Minimieren von Verlusten aus den Anbauflächen.

⌚ Dr. Christian Stamm, Eawag, Abteilung Umweltchemie, T 058 765 55 65

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Neue BAFU-Studien zu Lebensmittelverlusten aus Landwirtschaft und Haushalten

- ① Weil nichtkonsumierte Lebensmittel Klima, Wasser und Böden belasten, erhebt das Bundesamt für Umwelt (BAFU) seit 2003 Daten über Lebensmittelabfälle. Die Daten haben ergeben, dass in der Landwirtschaft jährlich rund 225'000 Tonnen Lebensmittelverluste in Form von Ernterückständen oder -ausschüssen anfallen. Davon wären bis zu 90 Prozent vermeidbar. Grund für die Verluste sind meist geltende Industrienormen sowie technische Bedingungen und unzureichende Lagerung. Auch Schweizer Haushalte produzieren jährlich rund 1 Million Tonnen Lebensmittelabfälle. Hier wäre fast die Hälfte vermeidbar. Grund ist mangelnde Wertschätzung von Lebensmittel sowie das fehlende Wissen über Haltbarkeit und Lagerung. Der Bundesrat wurde im März 2019 vom Parlament beauftragt, einen Aktionsplan gegen Food Waste zu erarbeiten. Die Analysen des BAFU bilden eine wichtige Grundlage dafür.

⌚ Bundesamt für Umwelt (BAFU), Sektion Medien, T 058 462 90 00

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Bundesrat will Massnahmen gegen schädliche gebietsfremde Arten verankern

- ① Das geltende Umweltschutzgesetz hat sich für eine effektive Bekämpfung invasiver gebietsfremder Arten als unzureichend erwiesen. Aus diesem Grund hat der Bundesrat am 15. Mai 2019 die Vernehmlassung zur Gesetzesrevision eröffnet. Vorgesehen ist, dass Präventions-, Bekämpfungs- und Überwachungsmassnahmen neu verankert werden. Künftig sollen auch Private für notwendige Bekämpfungsmassnahmen auf ihrem Grundstück verpflichtet werden können. Anfänglich werden zwar Mehrkosten von rund CHF 90 Millionen pro Jahr erwartet, längerfristig rechnet man jedoch mit tieferen Kosten. Für die Umsetzung der Massnahmen sind weiterhin die Kantone zuständig. Die Vernehmlassung dauert bis zum 4. September 2019.

⌚ Gian-Reto Walther, Bundesamt für Umwelt (BAFU), Abteilung Arten, Ökosysteme, T 058 462 93 64

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Neue Bestimmungen im Lebensmittelrecht

① Im Lebensmittelbereich sollen Verordnungen den in der EU geltenden Bestimmungen angepasst werden. Das Departement des Innern (EDI) hat dazu eine Vernehmlassung eröffnet, die bis zum 26. August 2019 andauert. Ziel der revidierten Verordnungen ist es, den Gesundheitsschutz zu gewährleisten und Handelshemmnisse gegenüber der EU abzubauen. Auch administrative Prozesse sollen vereinfacht werden. Zu diversen Anpassungen kommt es insbesondere im Bereich der Gentechnik, wo die Kennzeichnung «GVO-frei» neu definiert werden soll, so dass nicht mehr grosse Mengen an Lebensmitteln weggeworfen werden müssen, wenn sie kleine Spuren von GVO enthalten.

⌚ Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV), Medienstelle, T 058 463 78 98

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Agroscope untersucht Rückstände von Pestiziden

① Im Rahmen der nationalen Bodenbeobachtung analysiert Agroscope seit langem chemische Substanzen im Boden. Mit einem 2018 neu gestarteten Forschungsprogramm werden die Rückstände von über 40 Pflanzenschutzmitteln in Böden und Landwirtschaftssystemen gemessen und deren Auswirkungen analysiert. Dadurch können Schlussfolgerungen auf die Auswirkungen der Rückstände auf die Bodenfunktion und die Lebewesen gezogen werden. Vor Abschluss der Studie zeigt sich, dass sich mit einer biologischen Bewirtschaftung die Anzahl und Konzentration der gemessenen Wirkstoffe mit der Dauer reduzieren.

⌚ Claudia Schwyter, Agroscope, Corporate Communication, T 058 468 70 30

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Mikroplastik in Gewässern

① Forscher der Eidgenössischen Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (Empa) haben untersucht, ob Mikroplastik ein Problem für die Umwelt darstellt. Zwar sind Kläranlagen relativ effizient darin, Mikroplastik aus dem Abwasser zu filtern, dennoch verbreiten sich grosse Mengen an Mikroplastik in Gewässern und Böden. Gemäss den Ergebnissen besteht im Moment keine Gefahr für die Umwelt, da die gemessenen Konzentrationen in den untersuchten Gewässern unter dem Schwellenwert liegen. Da die Datengrundlage äusserst spärlich ist, sind weitere Untersuchungen nötig, um negative Folgen ausschliessen zu können.

⌚ Bernd Nowack, Empa, Technologie und Gesellschaft, T 058 765 76 92

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Biodiversität: Schweiz nimmt an 7. Tagung des internationalen Expertengremiums teil

① Die im Rahmen der UNO gegründete zwischenstaatliche Plattform für Biodiversität und Ökosystemleistungen (IBES) tagte vom 29. April bis 4. Mai 2019 zum siebten Mal in Paris. Ziel der IBES ist es, fundierte wissenschaftliche Informationen über Biodiversität und Ökosystemdienstleistungen zur Verfügung zu stellen. An der diesjährigen Plenartagung wurde der Gesamtbericht zum Zustand der biologischen Vielfalt und der Ökosystemleistungen genehmigt. Der Bericht zeigt den Verlust der Arten- und Pflanzenvielfalt in den vergangenen 50 Jahren auf.

⌚ José Romero, Bundesamt für Umwelt (BAFU), Leiter der Schweizer Delegation, Abteilung Internationales, M 079 251 90 69

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Solarenergie und Baukultur

Nachhaltigkeit

- ① Das Bundesamt für Kultur (BAK) hat ein interdisziplinäres Team der Fachhochschule Genf beauftragt, Wege aufzuzeigen, wie die Produktion von Solarenergie städtebaulich überzeugend umgesetzt werden kann. Dabei wurde eine Methode entwickelt, die eine maximale Produktion an Solarenergie erlaubt und gleichzeitig eine hohe Baukultur ermöglicht. Die Ergebnisse des Projektes hat das BAK in einer Broschüre veröffentlicht, welche sich an Schweizer Gemeinden richtet und aufzeigt, wie sie ihre Vorbildfunktion wahrnehmen können.
- † Oliver Martin, Bundesamt für Kultur, Sektion Heimatschutz und Denkmalpflege, T 058 462 44 48
- ☞ Vollständige Meldung

Die Volksinitiative für ein Tier- und Menschenversuchsverbot ist zustande gekommen

Tier- und Artenschutz

- ① Die eidgenössische Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt», die am 18. März 2019 eingereicht wurde, ist formell zustande gekommen. Gemäss Prüfung der Unterschriftenlisten durch die Bundeskanzlei sind 123'640 der insgesamt 124'277 eingereichten Unterschriften gültig.
- † Bundeskanzlei, Kommunikation, T 058 462 37 91
- ☞ Vollständige Meldung

Anzahl der Gemeinden mit über zwanzig Prozent Zweitwohnungen stabilisiert sich

Raumplanung | Raumentwicklung

- ① Wie aus den vom Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) kürzlich veröffentlichten Wohnungsinventaren der Gemeinden hervorgeht, weisen neu 12 Gemeinden einen Zweitwohnungsanteil von über 20 Prozent auf. Gleichzeitig sank er bei 20 Gemeinden auf unter 20 Prozent. Damit bleibt der Anteil von Gemeinden mit einem Zweitwohnungsanteil von über 20 Prozent relativ stabil. Aktuell sind dies 359 von 2212 Gemeinden in der Schweiz. Diese Gemeinden unterliegen den einschränkenden Bestimmungen des Zweitwohnungsgesetzes, es dürfen dort grundsätzlich keine Zweitwohnungen mehr gebaut werden.
- † Martin Vinzens, Bundesamt für Raumentwicklung (ARE), Leiter Sektion Siedlung und Landschaft, T 058 462 52 19
- ☞ Vollständige Meldung

Bundesrat genehmigt Richtplananpassungen der Kantone Graubünden und Schaffhausen

- ① Der Bundesrat hat am 10. April 2019 die überarbeiteten Richtpläne der Kantone Graubünden und Schaffhausen genehmigt. Diese haben besonders die Richtplankapitel «Raumkonzept» und «Siedlung» grundlegend überarbeitet, sodass die Richtpläne den verschärften Anforderungen des revidierten Raumplanungsgesetzes (RPG) entsprechen. Beide Richtpläne machen Vorgaben, um zu grosse Bauzonen zu reduzieren, gefördert wird die Siedlungsentwicklung nach innen.
- † Ueli Wittwer, Bundesamt für Raumentwicklung (ARE), stellvertretender Sektionschef Richtplanung, T 058 465 06 22
- ☞ Vollständige Meldung

Bundesrat genehmigt Richtpläne der Kantone Basel-Landschaft, Frei- burg, Jura, Wallis und Zug

- ① Die Kantone Basel-Landschaft, Freiburg, Jura, Wallis und Zug kommen mit ihren angepassten Richtplänen den Anforderungen des revidierten Raumplanungsgesetzes (RPG) nach. Der Bundesrat hat die Richtpläne am 1. Mai 2019 genehmigt. Nach Ende der Übergangsfrist Ende April dürfen die Kantone, die noch über keinen vom Bundesrat genehmigten angepassten Richtplan, ab sofort nicht mehr einzonen. Der absolute Einzonungsstopp gilt für die Kantone Glarus, Obwalden und Tessin. Insgesamt erfüllen sechs Jahre nach Annahme des revidierten RPG acht Kantone die Anforderungen bezüglich Richtplan oder Gesetz nicht.

⌚ Rudolf Menzi, Bundesamt für Raumentwicklung, T 058 462 40 55

📄 Vollständige Meldung

Raumplanung: Bundesrat beschliesst Einzonungs- stopp in fünf Kantonen

- ① Am 10. April 2019 beschloss der Bundesrat einen Einzonungsstopp für die Kantone Genf, Luzern, Schwyz, Zug und Zürich. Die Gesetzesrevision des Raumplanungsgesetzes (RPG), welche das Stimmvolk 2013 angenommen hat, verpflichtet die Kantone, Mehrwerte aus Einzonungen mit einem Mindestabgabesatz von 20 Prozent auszugleichen. Die Kantone erfüllen die Mindestvorgaben gemäss RPG nicht oder haben die entsprechende Gesetzesrevision nicht innerhalb der 5-jährigen Frist umgesetzt, weshalb sie ab 1. Mai 2019 keine neuen Bauzonen ausscheiden dürfen. Der Bundesrat wird den Einzonungsstopp aufheben, sobald die betroffenen Kantone eine bundesrechtskonforme Regelung eingeführt haben.

⌚ Thomas Kappeler, Bundesamt für Raumentwicklung (ARE), Leiter Sektion Recht, T 058 462 59 48

📄 Vollständige Meldung

Bund fördert Innovation und Pioniergeist in der Raumentwicklung

- ① Für die Bewältigung künftiger Herausforderungen in der Raumentwicklung sind neue Ansätze notwendig. Um innovative Modelle sowie neue Formen der Zusammenarbeit zu fördern, unterstützt der Bund mit dem Programm «Modellvorhaben nachhaltige Raumentwicklung» seit 2002 Ansätze in Gemeinden, Städten, Agglomerationen, Regionen und Kantonen zur nachhaltigeren Entwicklung und Nutzung des Raums. Nun möchte der Bund in thematischen Schwerpunkten von 2020-2024 Modellvorhaben ermöglichen und Projekte finanziell unterstützen. Anträge können bis zum 2. September 2019 eingereicht werden.

⌚ Martin Vinzens, Bundesamt für Raumentwicklung (ARE), Chef Sektion Siedlung und Landschaft, T 058 462 52 19

📄 Vollständige Meldung

Rat für Raumordnung: Megatrends prägen die Schweiz im Jahr 2040

- ① In seinem am 17. Mai 2019 veröffentlichten Bericht «Megatrends und Raumentwicklung Schweiz» zeigt der Rat für Raumordnung (ROR), wie sich Megatrends auf die räumliche Entwicklung der Schweiz auswirken könnten. Globalisierung, Digitalisierung, Individualisierung, Klimawandel sowie demographischer Wandel und Migration erachtet der ROR als Megatrends, die die Raumentwicklung der Schweiz am stärksten beeinflussen. Der ROR leitet 18 Empfehlungen zur räumlichen Entwicklung ab.

⌚ Lukas Bühlmann, ROR, EspaceSuisse, Präsident, T 031 380 76 76

📄 Vollständige Meldung

Verkehr | Lärm

Auspuffqualm durch Gesetzeslücken

① Bei frostigen Temperaturen sind Diesel-Lieferwagen um einiges dreckiger als vermutet. Aufgrund von Lücken in der Abgasgesetzgebung, die lediglich bei Benzinfahrzeugen eine funktionierende Abgasreinigung bei tiefen Temperaturen fordert, entstehen gesundheitsschädliche Russpartikel und Stickoxide (NOx). Wie sich am 14. März 2019 beim 10. VERT-Forum an der Empa-Akademie zeigte, wächst das Interesse an Technologien zur Abgasreinigung. Die Tagung verzeichnete mit 130 teilnehmenden Experten einen neuen Besucherrekord.

⌚ Norbert Heeb, Empa, Advanced Analytical Technologies, T 058 765 42 57

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Über 90'000 Schwerverkehrsfahrzeuge kontrolliert

① In der Schweiz wurden 2018 insgesamt 90'459 Lastwagen, Sattelschlepper, Lieferwagen und Gesellschaftswagen im Auftrag des Bundesamtes für Strassen (ASTRA) nach dem Stichprobenprinzip kontrolliert. Dabei mussten rund 20'000 Fahrzeuge beanstandet und 5'190 aus dem Verkehr gezogen werden. Grund für die Beanstandungen waren Abweichungen bei Abmessungen und Gewichten, technische Mängel und Verstösse gegen die Arbeits- und Ruhezeit. Die von den Kantonspolizeien durchgeführten Kontrollen sollen die Verkehrssicherheit erhöhen sowie die Verlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene unterstützen

⌚ Bundesamt für Strassen (ASTRA), Mediendienst, T 058 464 14 91

🔗 [Vollständige Meldung](#)

UVEK bewilligt Bauprogramm 2019 für Bau, Ausbau, Unterhalt und Betrieb der Nationalstrassen

① Gemäss Beschluss des Parlaments investiert der Bund 2019 rund CHF 2,4 Milliarden in das Nationalstrassennetz. Der Betrag stammt aus dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF). Davon fliessen CHF 1,572 Milliarden in den Ausbau und Unterhalt des bestehenden Nationalstrassennetzes. CHF 260 Millionen werden für die Fertigstellung des Netzes eingesetzt und CHF 210 Millionen für Projekte zur Beseitigung von Engpässen aufgewendet. Ergänzend zu diesen Mitteln investiert das Bundesamt für Strassen rund CHF 378 Millionen in die Pflege des Netzes – den sogenannten betrieblichen Unterhalt.

⌚ Bundesamt für Strassen (ASTRA), Mediendienst, T 058 464 14 91

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Vernehmlassung zur Verordnung über das Programm Agglomerationsverkehr eröffnet

① Am 2. April 2019 eröffnete das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) die Vernehmlassung zur Verordnung über das Programm Agglomerationsverkehr (PAVV). Die neue Departementsverordnung soll die Vorgaben für die Erarbeitung von Agglomerationsprogrammen sowie deren Prüfung regeln. Neue Richtlinien, welche die Prüfungsmethode präzisieren, sollen ebenfalls neu geschaffen werden. Die Vernehmlassung endet am 9. Juli 2019.

⌚ Isabel Scherrer, Bundesamt für Raumentwicklung (ARE), Leiterin Programm Agglomerationsverkehr, T 058 462 58 23

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Bundesrat passt Verordnung über Mineralölpflichtlager an

① Den in der Schweiz verwendeten fossilen Treibstoffen werden vermehrt Biokomponenten beigemischt, welche teilweise im Inland produziert werden. Da dessen Anteil heute rund ein Viertel ausmacht, stellt er für die Versorgung ein wichtiges Element dar. In der Pflichtlagerhaltung soll dieser Entwicklung Rechnung getragen werden. Der Bundesrat hat daher am 3. April 2019 eine Änderung der Mineralölpflichtlagerverordnung beschlossen. Damit soll die Inlandproduktion in der Pflichtlagerhaltung den Importen von Treibstoffen gleichgestellt werden.

⌚ Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF), T 058 462 20 07

📄 Vollständige Meldung

Bundesrat eröffnet Vernehmlassung für unterirdisches Gütertransport-system Cargo sous terrain

① An seiner Sitzung vom 3. April 2019 hat der Bundesrat die Vernehmlassung zum Bundesgesetz über den unterirdischen Gütertransport eröffnet. Damit sollen die rechtlichen Grundlagen für die Errichtung und den Betrieb unterirdischer Anlagen geschaffen werden. Im Rahmen des privatwirtschaftlich organisierten Projekts Cargo sous terrain (CST) ist ein dreispuriger Tunnel zwischen wichtigen Logistikzentren im Mittelland vorgesehen, auf dem rund um die Uhr Güter mit rund 30 Stundenkilometern transportiert werden sollen. Der Bundesrat entscheidet anhand der Rückmeldungen, ob das das Projekt weiter unterstützt wird.

⌚ Bundesamt für Verkehr, Informationen, T 058 462 36 43

📄 Vollständige Meldung

Verkehrskosten sind innerhalb von fünf Jahren um 4% gestiegen

① Gemäss den neusten Zahlen des Bundesamtes für Statistik (BFS) zu den Kosten und zur Finanzierung des Verkehrs verursachte der motorisierte Verkehr zu Land, in der Luft und zu Wasser in der Schweiz 2015 volkswirtschaftliche Kosten in der Höhe von CHF 89,7 Milliarden. Mit einem Kostenanteil von 80 Prozent stellt die Strasse den teuersten Verkehrsträger dar, auf dem jedoch auch mit Abstand am meisten Verkehr abgewickelt wurde. Im Vergleich zu 2010 sind die Verkehrskosten gesamthaft um 4 Prozent angestiegen, besonders beim Luftverkehr (+14%) und beim Schienenverkehr (+12%). Die verursachten Kosten werden nicht vollumfänglich von den Verkehrsnutzenden getragen, sondern fallen auch auf den Staat sowie die Allgemeinheit zurück.

⌚ Bundesamt für Statistik (BFS), Sektion Mobilität, T 058 463 64 68

📄 Vollständige Meldung

Ausbau des Bahnnetzes kommt gut voran

① Der vom Bundesamt für Verkehr (BAV) veröffentlichte Standbericht zu den Eisenbahn-Ausbauprogrammen gibt Aufschluss über die Umsetzung der Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (NEAT), der Hochgeschwindigkeitsanschlüsse, der zukünftigen Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEB), beim 4-Meter-Korridor und beim Ausbauschritt 2025. Ausserdem zeigt der Bericht auf, wie die Arbeiten bezüglich der Lärmsanierung, der Einführung des Zugbeeinflussungssystems ETCS sowie der Grossprojekte CEVA Genf und Albulatunnel II vorankommen. Die Bahnen sind durch die Ausbauprogramme und das hohe Investitionsvolumen stark gefordert. Dennoch machen alle Programme gute Fortschritte.

⌚ Bundesamt für Verkehr (BAV), Medienstelle, T 058 462 36 43

📄 Vollständige Meldung

Zwei Varianten für einfachere Verfahren im regionalen Personenverkehr

① Das Verfahren, mit dem Bund und Kantone den öffentlichen Regionalverkehr bei den Transportunternehmen bestellen, ist komplex und aufwändig. Deshalb schlägt der Bund vor, das Verfahren zu vereinfachen und verbindlicher und effizienter zu gestalten. Für diesen Zweck wurden zwei Varianten vorgeschlagen, welche der Bundesrat am 17. April 2019 in die Vernehmlassung geschickt hat. Mit der Variante «Teilentflechtung», die der Bundesrat bevorzugt, wären die Kantone künftig in eigener Regie für das Busangebot zuständig, womit sich für die Transportunternehmen die Zahl der Ansprechpartner reduzieren würden. Bei der Variante «Optimierung» würden Bus- und Bahnangebote weiterhin von Bund und Kantonen gemeinsam bestellt und finanziert.

⌚ Bundesamt für Verkehr (BAV), Informationen, T 058 462 36 43

📄 [Vollständige Meldung](#)

Klima | Luft

Treibhausgasemissionen 2017 leicht tiefer als im Vorjahr

① Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) hat am 15. April 2019 das schweizerische Treibhausgasinventar für die Jahre 1990 - 2017 beim UNO-Klimasekretariat eingereicht. Wie daraus hervorgeht, beliefen sich in der Schweiz die Treibhausgasemissionen im Jahr 2017 auf 47,2 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente. Dies entspricht einer Reduktion von 1 Million Tonnen im Vergleich zum Vorjahr. Besonders der verminderte Brennstoffverbrauch im Gebäude- und Industriesektor führte zu dieser Abnahme. Insgesamt gingen im Vergleich zu 1990 die Emissionen um 12 Prozent zurück. Während im Industriesektor das Reduktionsziel von minus 15 Prozent bis 2020 bereits erreicht wurde, wird die Schweiz trotz Emissionsabnahmen die Reduktionsziele des Kyoto-Protokolls im Gebäude-, Verkehrs- und Landwirtschaftssektor nicht erreichen.

⌚ Andrea Burkhardt, Bundesamt für Umwelt, Abteilung Klima, T 058 46 2 64 94

📄 [Vollständige Meldung](#)

Internationale Umweltpolitik

Chemikalien- und Abfallkonferenz: Schweiz engagiert sich gegen Plastik in den Meeren

① Den weltweiten Umgang mit gefährlichen Abfällen und chemischen Substanzen regulieren drei internationale Konventionen: das Stockholmer Übereinkommen (Persistente Organische Schadstoffe), das Rotterdamer Übereinkommen (gefährliche Chemikalien und Pestizide) und das Basler Übereinkommen (gefährliche Abfälle). Vom 29. April bis 10. Mai 2019 tagten in Genf deren Mitgliedstaaten. Wichtiges Thema der Konferenz war die Verschmutzung der Meere durch Plastik. In Zukunft sollen nicht nur als gefährlich eingestufte, sondern auch verunreinigte und nicht vorsortierte Plastikabfälle unter die Basler Konvention fallen und könnten somit erst nach der Zustimmung des Einfuhrlandes exportiert werden.

⌚ Franz Perrez, Bundesamt für Umwelt (BAFU), Chef der Abteilung Internationales, T 058 462 93 23

📄 [Vollständige Meldung](#)

Transparenz im Rohstoffhandel: Internationales Expertentreffen

① Finanzflüsse von Rohstoffhandelsfirmen an die Regierungen rohstoffabbauender Länder sollen transparenter werden. Dies ist das Ziel der «Extractive Industries Transparency Initiative» (EITI), deren Standards bereits 52 Länder anwenden. Die Schweiz als einer der führenden Rohstoffhandelsplätze der Welt nimmt ihre Verantwortung durch finanzielle Unterstützung der EITI und aktive Vertretung im Aufsichtsrat wahr. An einer SECO-EITI-Konferenz in Lausanne wurden am 28. März 2019 Resultate und Ziele präsentiert.

† Lorenz Jakob, Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), Kommunikation Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, T 058 468 60 56

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Umweltministerinnen der deutschsprachigen Länder für klimafreundliche Investitionen

① Die Umweltministerinnen der deutschsprachigen Länder kamen in Münster zu einem jährlichen Treffen zusammen. Besonders im Hinblick auf die UNO-Klimakonferenz in Chile (COP25) im Dezember 2019 sprachen die Ministerinnen über die internationale Klimapolitik. Dabei wurde die Bedeutung nachhaltiger Finanzflüsse in der Klimapolitik hervorgehoben. Weitere Themen des Treffens waren die Biodiversität und der Umgang mit Chemikalien.

† Harald Hammel, Departement für Umwelt, Energie und Kommunikation (UVEK), Presse- und Informationsdienst, M 079 444 68 13

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Wirkungsvollere internationale Zusammenarbeit: EDA und WBF eröffnen Vernehmlassung

① Am 2. Mai 2019 haben die Departemente für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) die Vorlage zur strategischen Ausrichtung der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz in die fakultative Vernehmlassung geschickt. Die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit soll sich künftig auf vier Schwerpunktregionen konzentrieren: Nordafrika und Mittlerer Osten, Subsahara-Afrika, Asien und Osteuropa. Thematisch wird der Fokus für die Jahre 2021-2024 auf Arbeitsplätze vor Ort, Klimawandel und Migration sowie Friedensförderung gesetzt. Durch die stärkere Fokussierung soll die internationale Zusammenarbeit wirkungsvoller werden. Gemäss aktueller Finanzplanung sind insgesamt CHF 11,37 Milliarden für die Jahre 2021-2024 vorgesehen. Die Vernehmlassung dauert bis zum 23. August 2019.

† Departement für auswärtige Angelegenheiten, Information, T 058 462 31 53

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Gemeinsam gegen Naturkatastrophen: Internationale Konferenz für Katastrophenvorsorge in Genf

① Vom 15.-17. Mai 2019 fand in Genf die «Global Platform for Disaster Risk Reduction» (GPDRR), die grösste internationale Konferenz auf dem Gebiet der Katastrophenvorsorge, statt. Auf der Grundlage eines gemeinsam definierten Handlungsrahmens (Sendai Framework for Disaster Risk Reduction 2015-2030) dient die Konferenz als Forum für Fachleute des öffentlichen und privaten Sektors, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft. Die Ergebnisse werden in die Beratungen des Hochrangigen politischen Forums der UN für nachhaltige Entwicklung sowie den Climate Action Summit in New York einfließen.

† Departement für auswärtige Angelegenheiten, Information, T 058 462 31 53

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Parlament

Rückblick Sondersession (07.– 09.05.2019)

Nationalrat

Jagdgesetz. Änderung (17.052)

- ① Mit der Teilrevision des Jagdgesetzes sollen drei politische Vorstösse umgesetzt werden. Diese verlangen die Möglichkeit zur Regulierung von Wolfbeständen innerhalb des Rahmens der Berner Konvention, die gegenseitige Anerkennung der kantonalen Jagdprüfungen und eine Umbenennung der eidgenössischen Jagdbanngebiete in Wildtierschutzgebiete. Ferner wird das Jagdgesetz um weitere Änderungen ergänzt oder angepasst.
- ⌘ Der Ständerat hatte die Vorlage in der Sommersession 2018 als Erstrat beraten.
- II Der Nationalrat ist in der Sondersession 2019 auf die Revision des Jagdgesetzes eingetreten. Ein Rückweisungsantrag der Ratslinken mit dem Auftrag, einen Revisionsentwurf zu erarbeiten, welcher der Bedeutung des Artenschutzes für den Erhalt der Biodiversität und der nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder mehr Gewicht verleiht, wurde mit 126 zu 58 Stimmen abgelehnt.

Während der Beratung wurde intensiv diskutiert. Umweltministerin Simonetta Sommaruga vertrat die Meinung, der Bundesrat lege eine ausgewogene Vorlage vor. Die Behörden sollen künftig nicht mehr nur einzelne Wölfe zum Abschuss freigeben können, sondern die Dezimierung von Beständen erlauben dürfen - ohne dass die Tiere Schaden verursacht hätten. Die Regulierung dürfe aber den Bestand der Population nicht gefährden und wäre nur zulässig, wenn sie erforderlich sei, um grossen Schaden oder eine konkrete Gefährdung von Menschen zu verhüten, wenn dies mit zumutbaren Schutzmassnahmen nicht erreicht werden könne. Der Nationalrat wollte eine Dezimierung des Wolfsbestandes jedoch bei jedem drohenden Schaden ermöglichen - auch dann, wenn keine Herdenschutzmassnahmen ergriffen wurden. Die Behörden sollten Tiere zum Abschuss freigeben dürfen, bevor Schaden entstanden sei. Der Rat folgte damit seiner vorbereitenden Kommission. Der Abschuss von Wölfen soll nach seinem Willen jeweils zwischen dem 1. September und dem 31. Januar erlaubt werden dürfen. Der Ständerat hatte sich zwar für einen längeren Zeitraum ausgesprochen, aber unter strengeren Bedingungen. SP und Grüne kritisierten vergeblich, damit werde der Wolfsschutz ausgehöhlt.

Der Bundesrat soll zudem die Regulierung des Bestandes weiterer geschützter Tierarten erlauben können. Der Ständerat möchte Luchs und Biber auf Gesetzesebene für regulierbar erklären, der Nationalrat nur den Biber. Knapp verwarf der Rat den Vorschlag, die Bestandesregulierung auch für Graureiher und Gänsesäger vorzusehen. Umstritten war die im Gesetz verankerte Liste der jagdbaren Arten. Geändert hat der Rat diese jedoch nicht. Er lehnte Anträge ab, den Birkhahn, das Schneehuhn oder die Waldschnepfe aus der Liste zu streichen. Zu reden gaben ausserdem die Zuständigkeiten. Heute muss das Bundesamt für Umwelt (Bafu) dem Abschuss von Wölfen zustimmen.

Künftig sollen die Kantone über die Bestandesregulierung entscheiden. Das Bafu soll lediglich angehört werden, könnte aber eine Behördenbeschwerde einreichen. Anders als der Ständerat will der Nationalrat das Beschwerderecht von Umweltorganisationen nicht abschaffen. Sie sollen weiterhin gegen Entscheide der kantonalen Jagdbehörden zu jagdbaren Tierarten Beschwerde einreichen können. Bei einzelnen Problemtieren will der Nationalrat das Verbandsbeschwerderecht aber einschränken. Sommaruga argumentierte vergeblich, die Behörden hätten trotz des Rechts bereits heute genügend Möglichkeiten für präventive Abschüsse. Ferner ist der Nationalrat im Gegensatz zum Ständerat damit einverstanden, dass die Kantone Jagdprüfungen gegenseitig anerkennen sollen. Zusätzlich im Gesetz verankern will die grosse Kammer neue Subventionen: Der Bund soll den Kantonen Finanzhilfen leisten für die Durchführung von Massnahmen im Umgang mit dem Wolf. Auch Artenförderungsmassnahmen in Schutzgebieten soll er abgelden. Bund und Kantone sollen sich ausserdem an der Vergütung von Schaden an Wald, landwirtschaftlichen Kulturen und Nutztieren beteiligen, den Tiere bestimmter geschützter Arten verursachen.

In der Debatte gingen die Emotionen hoch. Die Wolfsgegner betrachten es als Anmassung, dass Städter den Berglern vorschreiben wollen, wie sie mit Grossraubtieren umzugehen haben. Für die Wolfsbefürworter wiederum ist das «Abschussgesetz» eine Anmassung. Die VertreterInnen von SP und Grünen betonten, die Natur sei stark unter Druck. Die Grossraubtiere hätten eine wichtige Funktion im Ökosystem. Wo der Wolf lebe, sei der Wald gesünder. In der Gesamtabstimmung nahm der Nationalrat die Vorlage mit 115 zu 67 Stimmen bei 3 Enthaltungen an.

- » Der Ständerat behandelt die Differenzen ev. am 11. Juni, der Nationalrat allfällige weitere Differenzen am 19. Juni 2019.

Parlamentarische Vorstösse gemäss separaten Listen

Abgelehnte Vorstösse

- Pa.Iv. Flach. Klarheit und mehr Sicherheit für stillstehende AKW. Betriebsbewilligung nach zwei Jahren Stillstand aussetzen ([17.487](#))
- Po. Mazzone. Tag für Tag werden wir durch Stickoxidemissionen vergiftet. Welche Auswirkungen hat dies auf Bevölkerung und Umwelt? ([17.3406](#))
- Mo. Hardegger. Verlagerungsstrategie für Kurzstreckenflüge ([17.3414](#))
- Po. Fraktion G. Atomausstieg. Sicherheit gewährleisten und offene Fragen klären ([17.3438](#))
- Po. Fraktion G. Climate first. Besteuerung der grauen CO₂-Emissionen von Ländern, die beim Abkommen von Paris nicht mitmachen ([17.3439](#))

Zurückgezogene Vorstösse

- Po. Marchand. Umsetzung des Raumplanungsgesetzes. Erstellen einer Grundeigentümerstatistik, um das Verarmungsrisiko zu beurteilen ([17.3301](#))

Vorschau Sommersession (03.06. – 21.06.2019)

In beiden Räten

Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen. Totalrevision (17.019)

- ① Die Revision des Bundesgesetzes ist nötig geworden aufgrund der Änderung des WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen. Dem öffentlichen Beschaffungswesen kommt eine hohe volkswirtschaftliche Bedeutung zu.
- ⚡ Der Nationalrat behandelte die Vorlage als Erstrat in der Sommersession 2018, der Ständerat folgte als Zweirat in der Wintersession 2018. In der Frühjahressession 2019 eröffnete der Nationalrat die Differenzvereinbarung: Dabei hielt er in einigen grossen Streitpunkten an seiner Position fest. So will er das Preisniveau anderer Länder nicht berücksichtigen (Art. 29). Festhalten will der Nationalrat auch am Leistungsortsprinzip bei Aufträgen im Inland (Art. 12) sowie an der Ausnahme von Organisationen der Arbeitsintegration vom Gesetz (Art. 10). Allerdings soll die Stromproduktion nach dem Willen des Nationalrates dem Gesetz unterstellt werden (Art. 4), der Ständerat hatte hier eine Ausnahme vorgesehen. Beim Zweckartikel (Art. 2) sind sich beide Räte einig, das Wort «fair» in die Formulierung aufzunehmen, also: «die Förderung des wirksamen, fairen Wettbewerbs unter den Anbieterinnen». Ebenfalls Einigkeit besteht darin, dass Umweltstandards berücksichtigt werden sollen (Art. 3).
- II Die Wirtschaftskommission des Ständerates (WAK-SR) beantragt ihrem Rat neun Differenzen aufrechtzuerhalten, u.a. bei den Artikeln 10, 12 und 29. Weiter soll das «vorteilhafteste Angebot» als Angebot mit dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis definiert werden (Art. 3, Art. 41, Abs. 1) und Sektoren in denen «de jure» Wettbewerb herrscht, sollen von der Unterstellung ausgenommen werden (Art. 7). Bei Art. 24 Abs. 2 beantragt die Kommission ein Rückkommen: Der Absatz 2 soll mit «Preise und Gesamtpreise» ergänzt werden, damit Nachverhandlungen ausgeschlossen werden können. Dem muss die WAK-NR erst zustimmen.
- ⚡ Der Ständerat behandelt die Vorlage am 5. Juni. Allfällige Differenzvereinbarungen finden im Nationalrat am 12. und im Ständerat am 13. Juni 2019 statt.

Strategisches Entwicklungsprogramm Eisenbahninfrastruktur. Ausbauschnitt 2035 (18.078)

- ① Der Ausbauschnitt 2035 (AS 2035) des strategischen Entwicklungsprogramms Eisenbahninfrastruktur (STEP) führt den schrittweisen Ausbau des Schienennetzes fort. Er umfasst Investitionen von CHF 11,9 Milliarden mit einem Realisierungshorizont bis etwa 2035. Die Vorlage beinhaltet rund 200 Infrastrukturmassnahmen, um die sich bis 2030 abzeichnenden Engpässe im Personen- und im Güterverkehr zu beseitigen. Die gemäss Prognosen um 2030 zu erwartenden Engpässe im Personen- und im Güterverkehr können damit weitgehend beseitigt werden. Für den Personenverkehr entstehen zusätzliche Viertel- und Halbstundentakte, für den Güterverkehr schnellere und bessere Angebote. Mit dem AS 2035 verbessert sich auch die Stabilität des Betriebs, was die Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit im Schienenverkehr erhöht. Die Mittel kommen aus dem Bahninfrastrukturfonds (BIF), die Finanzierung ist aus heutiger Sicht sichergestellt.

Nationalstrassen 2020-2023, Ausbauschritt 2019 für die Nationalstrassen und Verpflichtungskredit. Zahlungsrahmen (18.066)

- ⌘ Der Ständerat hatte das vom Bundesrat geschnürte Massnahmenpaket in der Frühjahrsession 2019 um weitere Infrastrukturprojekte ergänzt. Namentlich hatte die kleine Kammer bei der Linie Neuenburg–La Chaux-de-Fonds eine neue Direktverbindung anstelle der Modernisierung der bestehenden Strecke beschlossen. Zudem hat er die Projektierung für das Herzstück Basel und für den Durchgangsbahnhof Luzern sowie den Doppelspurausbau in der Stadt Rorschach in die Vorlage aufgenommen. Nach dem Beschluss des Ständerates umfasste der Ausbauschritt 2035 Investitionen in der Höhe von CHF 12,8 Milliarden.
- II Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrates (KVF-NR) begrüsst die bundesrätliche Vorlage, Eintreten war unbestritten. Sie liess sich vom Bundesamt für Verkehr ausführlich über die Projektliste des Bundesrates und über die vom Ständerat zusätzlich in die Vorlage aufgenommenen Infrastrukturmassnahmen informieren. Die KVF-NR stimmte den Anträgen des Bundesrates, so wie den Ergänzungen des Ständerates zu und beantragte ihrem Rat die Aufnahme von zwei weiteren Infrastrukturprojekten: den Bahnhöfen Winterthur Grütze Nord (17 zu 5 Stimmen bei 1 Enthaltung) und Thun Nord (16 zu 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen). Beide Areale weisen anhaltend hohe Wachstumsprognosen für Bevölkerung und Arbeitsplätze aus, was zu zusätzlicher Mobilität und erhöhten Anforderungen an die Verkehrsinfrastruktur führt. Minderheiten halten die Aufnahme der Projekte für verfrüht. In der Gesamtabstimmung hat die KVF-NR die beiden Bundesbeschlüsse einstimmig angenommen. Die Anträge erhöhen das Investitionsvolumen um CHF 69 Millionen auf 12,89 Milliarden.
- Der Nationalrat behandelt die Vorlage am 4. Juni, der Ständerat behandelt allfällige Differenzen ev. am 11. Juni 2019.
- ① Bis 2030 sollen auf dem Nationalstrassennetz Erweiterungsprojekte im Umfang von rund CHF 14,8 Milliarden in Angriff genommen werden. Damit will der Bundesrat den Verkehrsfluss auf den Nationalstrassen verbessern.
- ⌘ Der Nationalrat hat in der Frühjahrsession 2019 über den Ausbau der Nationalstrassen debattiert. Ein Rückweisungsantrag der Grünen wurde mit 133 zu 53 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Den vom Bundesrat mit dem Ausbauschritt 2019 beantragten Vorhaben hatte er zugestimmt. Der Ausbauschritt 2019 umfasst damit die Kapazitätserweiterung Crissier VD, den Bypass Luzern mit Ergänzung Süd und Ausbau Nord sowie die Umfahrung Le Locle NE. Auf Antrag der Kommission fügte der Nationalrat zusätzlich die Umfahrungen von La Chaux-de-Fonds NE und Näfels GL ein. Drei noch nicht fertig geplante Projekte (Bodensee-Thurtal-Strasse [CHF 310 Millionen], den Muggenbergtunnel [CHF 150 Millionen] und die Lückenschliessung auf der Zürcher Oberlandautobahn [unbestimmter Preis]) sind nun als Option enthalten. Zusammen mit dem Kredit für die Planung von noch nicht beschlossenen Projekten und der zweiten Röhre des Gotthard-Strassentunnels belaufen sich die voraussichtlichen Kosten auf CHF 5,651 Milliarden. Eine links-grüne Minderheit wehrte sich vergeblich gegen die Ausbauprojekte. Nach Ansicht der Ratsmehrheit waren die Kapazitätserweiterungen nötig, um das Nationalstrassennetz vor dem Kollaps zu bewahren. Die Grünen

liessen durchblicken, dass, falls der Ständerat nicht korrigierend eingreife, sie gegen die Ausbau-Beschlüsse das Referendum ergreifen würden.

- II Die Verkehrs-Kommission des Ständerates (KVF-SR) hat sich, im Bewusstsein um die grosse Bedeutung der Nationalstrassen für die Verkehrsinfrastruktur der Schweiz, einstimmig für Eintreten ausgesprochen. Neben der Projektliste des Bundesrates und den Umfahrungen von La-Chaux-de-Fonds und Näfels waren besonders diejenigen drei Projekte Gegenstand der Diskussion, welche der Nationalrat entgegen dem Antrag der Mehrheit seiner vorberatenden Kommission aufgenommen hatte: die Bodensee-Thurtal-Strasse, die Lückenschliessung der Zürcher Oberlandautobahn und der Muggenbergtunnel. Um einen fundierten Entscheid fällen zu können, hat die Kommission die Verwaltung um weitere Unterlagen ersucht. Die KVF-SR unterstreicht die Bedeutung des regulären Planungsprozesses, welcher einen angemessenen und ausgeglichenen Strassenausbau in allen Landesteilen der Schweiz garantiert. Da die Prüfung dieser drei Projekte noch nicht abgeschlossen ist und weder die Inhalte noch die Kosten abschliessend bekannt sind, schätzt die Kommission diese als noch nicht reif für die Aufnahme in den aktuellen Ausbauschnitt ein und beantragt ihrem Rat, die drei Projekte aus der Vorlage zu streichen (Bodensee-Thurtal-Strasse 11:2 Stimmen, Zürcher Oberland 12:0 (1) Stimmen und Muggenbergtunnel 12:0 (1) Stimmen). Eine Minderheit beantragt, bei der Bodensee-Thurtal-Strasse dem Nationalrat zuzustimmen. In der Gesamtabstimmung hat die Kommission die drei Bundesbeschlüsse angenommen (Zahlungsrahmen einstimmig, Ausbauschnitt 2019 12:0 (1) und Verpflichtungskredit 11:0 (1)).
- Der Ständerat behandelt das Geschäft am 6. Juni, der Nationalrat die Differenzen ev. am 19. Juni 2019.
- ① Um die Verkehrssituation in den Agglomerationen zu verbessern, stellt der Bundesrat im Rahmen der dritten Generation der Agglomerationsprogramme CHF 1,34 Milliarden als Bundesbeitrag zur Verfügung. Damit unterstützt der Bund Bauvorhaben von 32 Agglomerationen, die Verkehr und Siedlung koordinieren sowie die verschiedenen Verkehrsmittel besser aufeinander abstimmen. Je nach Gesamtwirkung beträgt der Beitrag 30-50 Prozent. Für die Finanzierung steht seit 2018 der Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsverkehrs-Fonds (NAF) zur Verfügung. Dieser wird aus dem Mineralölsteuerzuschlag, einem Teil der Mineralölsteuer, den Einnahmen der Autobahnvignette, der Automobilsteuer, der Abgabe für Elektroautos und einem Beitrag der Kantone geüfnet.
- ⚡ Der Nationalrat hat in der Frühjahrsession CHF 1,49 Milliarden für Projekte im Agglomerationsverkehr einstimmig (bei 6 Enthaltungen) bewilligt. Das sind CHF 145 Millionen mehr, als vom Bundesrat beantragt. Mit dem zusätzlichen Geld werden Bundesbeiträge aufgestockt und zusätzliche Agglomerationsprogramme gefördert. Zur Prüfung eingereicht worden waren insgesamt 37 Agglomerationsprogramme mit einem Investitionsvolumen von CHF 6 Milliarden. Der Bundesrat hatte 32 davon für eine Mitfinanzierung ausgewählt. Nach den Entscheiden des Nationalrats sind es nun 35 Agglomerationsprogramme. Auf Antrag seiner Verkehrskommission hat der Nationalrat Aargau-Ost, Delémont, Luganese und die

**Agglomerationsverkehr.
Verpflichtungskredite für
die Beiträge ab 2019
(18.065)**

Umfahrung Oberburg in die 3. Generation der Agglomerationsprogramme aufgenommen. Zudem hat die grosse Kammer den vom Bundesrat gekürzten Beitragssatz bei den Programmen Grand Genève und Bulle aufgestockt. Die drei ersten Projekte will der Bundesrat nicht mitfinanzieren, weil die Massnahmen früherer Agglomerationsprogramme noch nicht umgesetzt worden sind. Der Nationalrat sprach sich dagegen aus.

- II Die ständerätliche Verkehrskommission würdigt den Prozess, welchen Bund und Kantone zur Auswahl der Projekte der Agglomerationen durchlaufen haben, als richtig und nachhaltig. Wie der Nationalrat, spricht sich die Kommission dagegen aus, Projektverzögerungen in der Vergangenheit negativ zu werten. Entsprechend beantragt die Kommission, die Projektliste zu ergänzen und den Kredit um knapp CHF 70 Millionen zu erhöhen. Wie der Nationalrat beantragt die Kommission im Gegensatz zum Entwurf des Bundesrates auch die Agglomerationsprogramme Aargau-Ost, Delémont und Luganese in den Bundesbeschluss aufzunehmen und den Beitragssatz des Bundes bei den Programmen Grand Genève und Bulle zu erhöhen. Bei der Umfahrung Oberburg spricht sich die Kommission indessen einstimmig gegen den Beschluss des Nationalrates aus, weil dieses Projekt die definierten Anforderungen für eine Finanzierung zum jetzigen Zeitpunkt eindeutig nicht erfüllt. Eine Aufnahme dieses einzelnen Projektes würde gegen die Gleichbehandlung aller Projekte verstossen. In der Gesamtabstimmung hat sich die Kommission einstimmig für die Vorlage ausgesprochen.
- » Der Ständerat behandelt das Geschäft am 11. Juni 2019, der Nationalrat die Differenzen ev. am 19. Juni 2019.

**Staatsrechnung 2018
(19.003)**

**Voranschlag 2019. Nachtrag I
(19.007)**

- ① Der Bundeshaushalt schliesst das Jahr 2018 mit einem ordentlichen Überschuss von CHF 2,9 Milliarden ab. Budgetiert waren 0,3 Milliarden. Massgeblich zum guten Ergebnis tragen die höheren Einnahmen aus der Verrechnungssteuer und der direkten Bundessteuer bei. Weiter beantragt der Bundesrat dem Parlament die Zustimmung zu 9 Kreditnachträgen im Umfang von CHF 75 Millionen. Davon entfällt der überwiegende Teil auf die Wiedergutmachung für Opfer von fürsorglichen Zwangsmassnahmen (CHF 58,5 Millionen). Weitere Punkte betreffen den Personalaufwand «Cyber-Defence» (CHF 11,5 Millionen) und Verpflichtungskredit «Schutz Naturgefahren 2016-2019» (CHF 10 Millionen).
- II Die Finanzkommission des Ständerates (FK-SR) beantragt ihrem Rat einstimmig, die Nachtragskredite und die Staatsrechnung zu genehmigen. Ihre nationalrätliche Schwesterkommission wird die Beschlüsse erst nach Redaktionsschluss bekannt geben.
- » Der Ständerat behandelt die Vorlagen am 6. Juni, der Nationalrat am 17. Juni 2019.

Nationalrat

Bundesratsgeschäfte

Bundesgesetz über die Enteignung. Änderung (18.057)

- ① Im Zentrum der Vorlage steht die Anpassung der Verfahrensvorschriften des Enteignungsrechts an die geänderten rechtlichen Verhältnisse. Zur Aufrechterhaltung der Funktionalität werden zudem die Bestimmungen über die Organisation und Struktur der Eidgenössischen Schätzungskommissionen angepasst und vereinfacht. Die Vorlage wird weiter als Anlass genommen, verschiedene Regelungen den heutigen Bedürfnissen anzupassen.
- ⌘ Die Rechtskommission des Nationalrats (RK-NR) hat Anhörungen zum Entwurf durchgeführt und diesen in drei wesentlichen Bestimmungen verändert und in der Gesamtabstimmung mit 23 zu 0 Stimmen angenommen. Sie befürwortet mit 13 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung die Aufnahme einer Regel, wonach die Entschädigung für landwirtschaftliches Kulturland künftig das 6-fache des massgeblichen Höchstpreises betragen soll. Mit 18 zu 4 Stimmen befürwortet die Kommission zudem die Aufnahme von Bestimmungen, welche die Verfahrensrechte von GrundeigentümerInnen stärken, welche von Fluglärm oder von Immissionen von Verkehrsanlagen für den Landverkehr betroffen sind. Das Verfahren zur Festsetzung des Betriebsreglements eines Flughafens soll künftig dem Plangenehmigungsverfahren gleichgestellt werden. Die Kommission beantragt überdies, dass direkte Überflüge über bewohntes Gebiet oder die wesentliche Erweiterung von solchen in einem vorbestehenden Überflugskorridor neu in einen Enteignungsplan aufgenommen und entschädigt werden. Schliesslich hat die Kommission mit 16 zu 0 Stimmen bei 7 Enthaltungen entschieden, dass die Mitglieder der Schätzungskommissionen nicht vom Bundesverwaltungsgericht, sondern vom Bundesgericht gewählt werden sollen.

⌘ Der Nationalrat behandelt die Vorlage am 3. Juni 2019 als Erstrat.

Umweltschutzgesetz. Verbot des Inverkehrbringens von illegal geschlagenem Holz (18.095)

- ① Mit der vorgeschlagenen Ergänzung des Umweltschutzgesetzes (USG) sollen zwei gleichlautende Motionen ([17.3843](#) und [17.3855](#)), die vom Parlament ohne Gegenstimme angenommen wurden, umgesetzt werden. Diese verlangen die Schaffung von rechtlichen Rahmenbedingungen für die Einführung einer mit der Europäischen Holzhandelsverordnung identischen Regelung. Der Bundesrat will das USG um die dafür notwendigen Bestimmungen ergänzen. Diese sollen es erlauben, Anforderungen an das Inverkehrbringen von Holz und Holzserzeugnissen aufzustellen zu verbieten. Damit einhergehend soll eine Sorgfaltspflicht eingeführt werden.
- ⌘ Mit 15 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen hat die Umwelt-Kommission des Nationalrates der Gesetzesrevision zugestimmt. Der Beschluss der Kommission geht nun sogar über den vom Bundesrat vorgeschlagenen Entwurf hinaus: mit 16 zu 9 Stimmen fügt sie eine Bestimmung ein, die die Händler verpflichtet, die Konsumenten über die Holzart und Herkunft des Holzes zu informieren. Damit soll die bereits bestehende Deklarationspflicht weitergeführt werden. Ausserdem hat die Kommission mit 12 zu 11 Stimmen bei 1 Enthaltung beschlossen, den Bundesrat

zu ermächtigen, Anforderungen an das Inverkehrbringen von weiteren Rohstoffen oder Produkten zu stellen oder das Inverkehrbringen zu verbieten, falls deren Anbau, Abbau oder die Herstellung die Umwelt erheblich belastet oder die nachhaltige Nutzung der natürlichen Rohstoffe gefährdet. Die Kommission hat diese Bestimmung im Zusammenhang mit Beratungen zur Problematik von Palmöl eingeführt.

» Der Nationalrat behandelt die Vorlage am 5. Juni 2019 als Erstrat.

Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt. Volksinitiative (17.060)

**OR. Aktienrecht
Entwurf 2
(16.077)**

① Die Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» verlangt vom Bund, gesetzliche Massnahmen zu treffen, damit die Wirtschaft die Menschenrechte und den Umweltschutz auch im Ausland respektiert. Der Bundesrat beantragt dem Parlament, die Initiative ohne Gegenentwurf und ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen. Die Rechtskommission des Nationalrates (RK-NR) hat sich jedoch im April 2018 dafür ausgesprochen, für die «Konzernverantwortungsinitiative» einen indirekten Gegenentwurf im Rahmen der Aktienrechtsrevision auszuarbeiten.

» In der Sommersession 2018 entschied der Nationalrat, die Vorlage zu teilen: Alle Bestimmungen betreffend Initiative wurden in einen Entwurf 2 überführt. Der Ständerat seinerseits entschied in der Wintersession 2018, zwar auf die Revision einzutreten, die Vorlage jedoch an die Kommission zurückzuweisen. In der Frühjahressession 2019 entschied die kleine Kammer mit 22 zu 20 Stimmen, nicht auf den indirekten Gegenvorschlag einzutreten. Bezüglich Volksinitiative entschied sie mit 25 zu 14 Stimmen bei 3 Enthaltungen, diese zur Ablehnung zu empfehlen.

II Die Rechtskommission des Nationalrates (RK-NR) beantragt ihrem Rat am Eintreten auf den indirekten Gegenentwurf festzuhalten. Der Mehrheit der Kommission ist weiterhin der Ansicht, dass das Anliegen der Initiative berechtigt ist und mit dem indirekten Gegenentwurf deren Rückzug ermöglicht werden kann. Eine inhaltliche Beratung des Gegenentwurfs konnte die Kommission aus Verfahrensgründen noch nicht führen, allerdings hat sie einige Grundsätze festgehalten: So soll sich dieser auf dem Entwurf der beiden Rechtskommission stützen. Jedoch solle die Haftungsregelung gestrichen werden und auf die ohnehin geltenden Haftungsbestimmungen des Zivilrechts verwiesen werden. Ebenfalls gestrichen werden soll die Subsidiaritätsklausel. Haftungsansprüchen sollen in einem ersten Schritt über Verfahren vor dem Nationalen Kontaktpunkt (NKP) behandelt werden. Die Volksinitiative beantragt die Kommission mit 14 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen zur Ablehnung.

» Der Nationalrat behandelt die Vorlagen am 13. Juni 2019.

Parlamentarische Initiativen | Standesinitiativen

Kt.Iv. Thurgau. Änderung des Jagdgesetzes zur Entschädigung für Schäden, welche Biber an Infrastrukturen anrichten. Abschreibung (15.300)

- ① Der Bund wird mittels der Standesinitiative des Kantons Thurgau aufgefordert, das Bundesgesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz, JSG) so anzupassen, dass die Behebung von Schäden durch Biber an Infrastrukturen wie Strassen, Kanalböschungen, Entwässerungen und Verbauungen von Bund und Kanton finanziert wird.
- ⌘ Die beiden Kammern haben der Standesinitiative Folge gegeben. Der Ständerat hat die Initiative in der Frühjahrsession 2019 abgeschrieben, da der von der Verwaltung ausgearbeitete Erlassentwurf in die Revision des Jagdgesetzes integriert (17.052) wurde. Dieses Gesetz, inklusive der entsprechenden Biberregelung, wurde durch den Ständerat am 13. Juni 2018 angenommen.
- ⌘ Der Nationalrat behandelt die Abschreibung der Initiative am 19. Juni 2019.

Kt.Iv. Wallis. RPG. Für eine Lockerung der Bundesbestimmungen im Sinne des Föderalismus. Kt.Iv. 1. Phase (16.315)

- ① Mit der Standesinitiative des Kantons Wallis wird der Bundesrat aufgefordert, den eidgenössischen Räten einen Entwurf zur Milderung der Anforderungen des Raumplanungsgesetzes (RPG) zu unterbreiten.
- ⌘ Der Ständerat folgte seiner Umwelt-Kommission und hat der Standesinitiative in der Frühjahrsession 2018 keine Folge gegeben. Die Umsetzung des RPG brauche Zeit, um die Zersiedelung einzudämmen. Eine Lockerung des Gesetzes würde dem Volkswillen widersprechen, befand die Mehrheit.
- II Die Umwelt-Kommission des Nationalrats entschied mit 14 zu 9 Stimmen, der Standesinitiative keine Folge zu geben, weil das kürzlich angenommene kantonale Ausführungsgesetz zum RPG den Anliegen genügend beuge.
- ⌘ Der Nationalrat behandelt die kantonale Initiative am 11. Juni 2019.

Kt.Iv. Bern. Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien in Moorlandschaften ermöglichen. Kt.Iv. 1. Phase (16.316)

- ① Der Kanton Bern beantragt eine Anpassung des Moorschutzartikels in der Verfassung mit dem Ziel, punktuell Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie am Rande von Moorschutzgebieten zu bauen.
- ⌘ Der Ständerat folgte seiner vorberatenden Kommission und hat der Initiative in der Frühjahrsession 2018 keine Folge gegeben.
- II Die Umwelt-Kommission des Nationalrates beauftragte im Zusammenhang mit den Beratungen die Verwaltung mit einer Auslegeordnung und hat den erstellten Bericht zum Zustand der Moore und Moorlandschaften in der Schweiz beraten. Sie sieht keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf. Mit 12 zu 11 Stimmen bei 2 Enthaltungen beantragt sie, der Standesinitiative keine Folge zu geben.
- ⌘ Der Nationalrat behandelt die kantonale Initiative am 11. Juni 2019.

Motionen | Postulate

Mo. Ständerat (UREK-SR). Umsetzung der Waldpolitik 2020. Erleichterung bei der Rundholzlagerung (18.3715)

- ① Der Bundesrat wird beauftragt, in der Waldverordnung die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit die Realisierung von Rundholzlagern in bestimmten Fällen (für Waldeigentümer und Sägereien) im Wald möglich wird.
- ⌘ Der Ständerat hat die Motion seiner Umweltkommission in der Wintersession 2018 angenommen. Er folgte damit dem Antrag des Bundesrates.

**Mo. Ständerat (KVF-SR).
Kooperationsmodell
anstelle der Öffnung des
internationalen Schienen-
personenverkehrs
(18.4105)**

- II Die Kommission des Nationalrats hat der Motion ihrer Schwesterkommission zur Erleichterung der Rundholzlagerung im Wald einstimmig zugestimmt.
- » Der Nationalrat behandelt die Motion am 4. Juni 2019.
- ① Der Bundesrat wird beauftragt, den Entscheid über eine allfällige Öffnung des Marktes für den internationalen Schienenpersonenverkehr nicht in eigener Kompetenz zu beschliessen, sondern dem Parlament in geeigneter Form zum Entscheid vorzulegen. Sollte es der Bundesrat als nötig erachten, so kann er dem Parlament eine entsprechende Änderung des Personenbeförderungsgesetzes unterbreiten.
- » Der Ständerat hat der Motion seiner Verkehrskommission auf Antrag des Bundesrats in der Frühjahrsession 2019 oppositionslos zugestimmt.
- II Die Motion wird von der KVF-NR mit 15 zu 5 Stimmen zur Annahme empfohlen.
- » Der Nationalrat behandelt die Motion am 4. Juni 2019.

**Po. FK-NR. Vereinfachung
des Vollzugs der
Programmvereinbarungen
zwischen Bund und
Kantonen (19.3001)**

- ① Der Bundesrat soll beauftragt werden, in einem Bericht aufzuzeigen, mit welchen Massnahmen der Vollzug der Programmvereinbarungen zwischen Bund und Kantonen vereinfacht und welches Synergiepotenzial dadurch für Bund und Kantone erzielt werden kann, namentlich in den Bereichen Natur- und Landschaftsschutz, Wald, Biodiversität und Wildtiere sowie Gefahrenprävention.
- II Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulates.
- » Der Nationalrat behandelt das Postulat am 4. Juni 2019.

**Po. UREK-NR. Integration
des Grünen Klimafonds in
den Rahmenkredit Glo-
bale Umwelt (19.3007)**

- ① Der Bundesrat soll mit dem Kommissionspostulat beauftragt werden, die institutionelle und operative Integration des Grünen Klimafonds (Green Climate Fund - GCF) in den Rahmenkredit Globale Umwelt zu prüfen. Es soll abgeschätzt werden, wie eine Aufstockung des Rahmenkredits zwecks künftiger Beiträge an die Wiederauffüllung des GCF - verursachergerecht - bewerkstelligt werden kann.
- » Der Nationalrat behandelt das Postulat am 6. Juni 2019.

**Po. GPK-NR. Erarbeitung
einer Methodik zur Beur-
teilung der Auswirkungen
von Freihandelsabkom-
men auf die nachhaltige
Entwicklung (19.3011)**

- ① Der Bundesrat soll beauftragt werden, einen Bericht zu den methodischen Möglichkeiten vorzulegen, anhand derer vor dem Abschluss von Freihandelsabkommen Nachhaltigkeitsstudien durchgeführt werden können.
- II Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulates.
- » Der Nationalrat behandelt das Postulat am 20. Juni 2019.

**Parlamentarische
Initiativen 1. Phase**

Parlamentarische Vorstösse gemäss separaten Listen

- Pa.Iv. Giezendanner. Übernahme der europäischen Abgas- und Stickoxydgrenzwerte für Verbrennungsmotoren durch die Schweiz (18.411)
- Pa.Iv. Rytz Regula. Einsetzen einer ständigen parlamentarischen Aufsichtsdelegation zur Steuerung der bundesnahen Betriebe im Verkehrs- und Fernmeldebereich (18.418)
- » Der Nationalrat behandelt die parlamentarischen Initiativen eventuell am 03., 04., 05., 06., 11., 13., 17., 18. oder 20. Juni 2019.

Vorstösse aus dem UVEK

- Mo. Nantermod. Tarifverbunde. Freie Wahl für Benutzerinnen und Benutzer ([17.3457](#))
 - Mo. de Courten. Verbindlicher Mindestabstand von Windkraftanlagen zu Siedlungsgebieten ([17.3473](#))
 - Po. (Schelbert) Mazzone. Digitalisierung, Umwelt und Energie ([17.3487](#))
 - Mo. Graf-Litscher. Verpflichtender Grundschutz für kritische Strominfrastrukturen ([17.3496](#))
 - Mo. Aebi Andreas. Dichtigkeitskontrolle von Güllegruben ([17.3514](#))
 - Po. von Siebenthal. Die Grundversorgung auf den Alpen sicherstellen ([17.3551](#))
 - Mo. (Allemann) Hardegger. Umweltzonen zum Schutz vor gesundheitsgefährdender Luftverunreinigung ermöglichen ([17.3569](#))
 - Mo. (Allemann) Hardegger. Saubere Luft als wichtigstes Gut. Strengere Abgasnormen für Dieselfahrzeuge ohne Übergangsfrist einführen ([17.3570](#))
 - Mo. Egloff. Für eine Raumplanung und Mehrwertabgabe mit Augenmass ([17.3589](#))
- » Der Nationalrat behandelt die parlamentarischen Vorstösse am 4. Juni 2019.

Vorstösse aus dem EDI

- Mo. Kälin. Zitzenverschliessverbot an Viehschauen ([18.3990](#))
- » Der Nationalrat behandelt den parlamentarischen Vorstoss am 5. Juni 2019.

Vorstösse aus dem EFD

- Po. Romano. Entwicklungen im internationalen Eisenbahnverkehr und Grenzkontrollen des Grenzwachtkorps. Auf Änderungen gefasst sein ([17.4177](#))
 - Mo. Birrer-Heimo. Eigenhandel von Rohstofffirmen dem Geldwäschereigesetz unterstellen ([17.4244](#))
- » Der Nationalrat behandelt die parlamentarischen Vorstösse am 12. Juni 2019.

Vorstösse aus dem VBS

- Po. Bäumle. Armee als Vorbild im Klimaschutz ([19.3326](#))
- » Der Nationalrat behandelt den parlamentarischen Vorstoss am 14. Juni 2019.

Vorstösse aus dem WBF

- Mo. Nicolet. Milchproduktion in der Schweiz. Geben wir den Produzenten von Industriemilch wieder Zukunftsperspektiven ([17.3315](#))
 - Mo. Maire Jacques-André. Mehr Transparenz bei den Preisen von Bioprodukten ([17.3658](#))
 - Po. Graf Maya. Prüfung eines Pestizidverbots im Sömmerungsgebiet ([17.3703](#))
 - Mo. Fraktion G. Verbot des Unkrautvertilgungsmittels Glyphosat mindestens bis 2022 ([17.3757](#))
- » Der Nationalrat behandelt die parlamentarischen Vorstösse am 19. Juni 2019.

Vorstösse aus dem EDA

- Mo. Tornare. Einen Multi-Stakeholder-Dialog für eine konsequente Gewährleistung des nachhaltigen Goldhandels ([18.4229](#))
- » Der Nationalrat behandelt den parlamentarischen Vorstoss am 20. Juni 2019.

Ständerat

Bundesratsgeschäfte

Parlamentarische Initiativen | Standesinitiativen

Pa. Iv. Rutz Gregor. Den Verkehrsfluss auf Hauptverkehrsachsen nicht verunmöglichen. Pa. Iv. 1. Phase (17.462)

- ① Die parlamentarische Initiative verlangt, dass die Bestimmungen des Strassenverkehrsgesetz dahingehend zu ergänzen seien, dass auf Hauptverkehrsachsen innerorts generell Tempo 50 gilt und dieser Grundsatz nur aus Gründen der Sicherheit, aber nicht durch Lärmschutzgründe umgangen werden kann.
- ⌘ Der Nationalrat hat der Parlamentarischen Initiative in der Wintersession 2018 mit 105 zu 78 Stimmen zugestimmt. Er folgte der Mehrheit seiner vorbereitenden Verkehrskommission (KVF-NR).
- || Die Kommission des Ständerats beantragt ihrem Rat mit 9 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen, dem Entscheid des Nationalrates nicht zuzustimmen. Die Mehrheit hält am bereits bei der ersten Beratung geäusserten Argument fest, wonach die Forderungen der Initiative einen zu grossen Eingriff in die Kantons- und Gemeindeautonomie bedeuten würden. Eine Minderheit beantragt, der Initiative Folge zu geben. Ihrer Ansicht nach stehen Tempo-30-Zonen auf verkehrsorientierten Strassen der Bündelung des Verkehrs entgegen, fördern Umwegfahrten und führen damit zu mehr Lärm und weniger Sicherheit.
- ⌘ Der Ständerat behandelt die parlamentarische Initiative am 18. Juni 2019.

Motionen | Postulate

Po. KVF-SR. Berücksichtigung von städtebaulichen und landschaftsverträglichen Zielsetzungen beim Bypass Luzern und anderen Nationalstrassenbauprojekten (19.3422)

- ① Das Postulat ersucht den Bundesrat, fachliche Unterstützung bei städtebaulichen Projekten mit ganzer oder teilweiser Überdeckung vorzusehen. Dabei sind landschaftsverträgliche Zielsetzungen sowie der Lärmschutz zu beachten.
- ⌘ Die Verkehrskommission des Ständerates (KVF-SR) verabschiedete das Kommissionspostulat im Rahmen der Beratung des Ausbauschlusses 2019 für die Nationalstrassen (18.066) mit 12 zu 1 Stimmen.
- ⌘ Der Ständerat behandelt das Postulat am 6. Juni 2019.

Mo. Nationalrat (Knecht). Stopp bei den Landschaftsqualitätsprojekten (15.3458)

- ① Der Bundesrat wird beauftragt, das Landwirtschaftsgesetz dahingehend zu ändern, dass die für die Landschaftsqualitätsprojekte bestimmten Mittel ausschliesslich der produzierenden Landwirtschaft zukommen.
- ⌘ Der Nationalrat hat die Motion in der Sommersession 2017 entgegen dem Antrag des Bundesrates mit 93 zu 89 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.
- || Die Landwirtschaftskommission des Ständerats beantragt ihrem Rat mit 10 zu 1 Stimmen, die Motion abzulehnen. Sie will die Beiträge nicht streichen, sondern im Rahmen der Agrarpolitik 2022+ Justierungen am Vollzug vornehmen.
- ⌘ Der Ständerat behandelt die Motion am 17. Juni 2019.

Mo. Nationalrat (Amaudruz). Bisonzucht. Wann endet die Diskriminierung? (14.3310)

- ① Der Bundesrat wird beauftragt, die notwendigen gesetzgeberischen Arbeiten an die Hand zu nehmen, damit die Zucht der beiden Bisonarten (Bison bison und Bison bonasus) vom Bund in gleicher Weise finanziell unterstützt wird wie die Zucht aller anderen Rinderarten.
- ⌘ Der Nationalrat hat die Motion in der Sommersession 2016 entgegen dem Antrag des Bundesrates mit 104 zu 75 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.
- II Die Landwirtschaftskommission des Ständerats lehnt die Motion mit 11 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab. Aus ihrer Sicht hat der Bundesrat die wesentlichen Ziele der vor 5 Jahren eingereichten Motion inzwischen erfüllt.
- ⌘ Der Ständerat behandelt die Motion am 17. Juni 2019.

Mo. Häberli-Koller. Verbesserung der komparativen Grundlagen des Wissenssystems der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft (19.3072)

- ① Der Bundesrat wird beauftragt, die Rahmenbedingungen in der Schweizer Agrarforschung weiter zu optimieren, so dass Agroscope und das Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) sich ergänzend und gemeinsam eine international führende Stellung im Thema Biolandbau, Agrarökologie und Tierwohl einnehmen können sowie die Finanzhilfe an das FiBL zu erhöhen.
- ⌘ Der Ständerat behandelt die Motion am 17. Juni 2019.

Mo. Stöckli. Impulsprogramm für die Sanierung von Beherbergungsbetrieben im alpinen Raum (19.3234)

- ① Der Bundesrat wird ersucht, eine befristete Spezialfinanzierung (Impulsprogramm) für die Sanierung von Beherbergungsbetrieben im alpinen Raum zu schaffen.
- ⌘ Der Ständerat behandelt die Motion am 17. Juni 2019.

Po. Caroni. Bürokratieabbau in der Landwirtschaft (19.3021)

- ① In einem Bericht soll aufgezeigt werden, wie die Regulierungsdichte in der Landwirtschaft substantiell reduziert werden kann.
- ⌘ Der Ständerat behandelt das Postulat am 17. Juni 2019.

Mo. Nationalrat (UREK-NR). Weniger Plastikmüll in Gewässern und Böden (18.3712)

- ① Der Bundesrat wird beauftragt, gemeinsam mit den betroffenen Branchen Massnahmen zu ergreifen, mit denen die Verwendung von Plastikverpackungen und Einwegkunststoffprodukten innert nützlicher Frist erheblich reduziert und so die durch diese Produkte verursachte Umweltverschmutzung verringert werden kann.
- ⌘ Der Nationalrat nahm die Motion seiner Umwelt-Kommission entgegen dem Antrag des Bundesrats in der Wintersession 2018 an.
- II Die Umwelt-Kommission des Ständerats beantragt ihrem Rat einstimmig, dem Entscheid des Nationalrates zu folgen und die Motion in modifizierter Form anzunehmen. Sie verschärft die Motion, um der Umweltverschmutzung insbesondere durch Mikroplastik noch umfassender entgegenzutreten zu können. Konkret beauftragt sie den Bundesrat, gemeinsam mit den betroffenen Branchen Massnahmen zu prüfen und zu ergreifen, um der Belastung der Umwelt durch Kunststoffe umfassend und unter Einbezug der Hauptemissionsquellen effizient entgegenzutreten. Die Kommission ist zudem der Auffassung, dass die Problematik der zunehmenden Plastikbelastung in Böden und Gewässern auch durch Förderung von Forschung angegangen werden kann.
- ⌘ Der Ständerat behandelt die Motion am 18. Juni 2019.

Mo. Nationalrat (Bourgeois). Kompensierung des Gewichts elektrischer Batterien bei Lieferwagen der 3,5-Tonnen-Kategorie (18.3420)

- ① Der Bundesrat wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen dahingehend anzupassen, dass das Gewicht elektrischer Batterien bei Lieferwagen der 3,5-Tonnen-Kategorie kompensiert wird.
- ⌘ Der Nationalrat hat die Motion in der Herbstsession 2018 stillschweigend angenommen, dies gemäss dem Antrag des Bundesrates.
- || Die Verkehrs-Kommission des Ständerats beantragt ihrem Rat einstimmig, die Motion anzunehmen.
- Der Ständerat behandelt die Motion am 18. Juni 2019.

Mo. Ettlín Erich. Kulturland und Wald sind gleichwertig. Stopp dem Kulturlandverlust zugunsten der Waldflächenausdehnung (18.3869)

- ① Der Bundesrat wird beauftragt, durch Anpassung der Gesetzgebung sicherzustellen, dass Rodungersatz und ökologische Ausgleichsmassnahmen nicht mehr auf landwirtschaftlicher Nutzfläche erfolgen.
- ⌘ Die Motion war im Ständerat bereits einmal traktandiert. Auf Antrag von Robert Cramer (Grüne/GE) wurde die Zuweisung der Motion an die zuständige Kommission zur Vorprüfung beschlossen.
- || Die Kommission beantragt mit 5 zu 3 Stimmen, die Motion abzulehnen. Die Mehrheit ist der Überzeugung, dass mit der 2012 erfolgten Änderung des Waldgesetzes (09.474) die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen worden seien, um bei Rodungen die nötige Flexibilität zu gewähren. Eine weitere Lockerung des Rodungsverbots lehnt sie ab.
- Der Ständerat behandelt die Motion am 18. Juni 2019.

Mo. UREK-SR. Langfristige Stromversorgungssicherheit. Sicherstellung und Klärung der Verantwortlichkeiten (19.3004)

- ① Der Bundesrat soll beauftragt werden, im Rahmen der Revision des StromVG einerseits eine Marktordnung zu unterbreiten, welche die langfristige Versorgungssicherheit durch eine angemessene Inlandproduktion gewährleistet. Andererseits soll die Einschätzung der Elcom bezüglich Rollen und Verantwortlichkeiten in Hinsicht auf die Versorgungssicherheit gewürdigt und bestätigt werden.
- ⌘ Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion.
- Der Ständerat behandelt die Motion am 18. Juni 2019.

Po. KVF-SR. Ausbau der internationalen Verbindung Zürich-München (19.3006)

- ① Der Bundesrat soll prüfen, wie er bei den zuständigen Behörden in Deutschland und gegebenenfalls Österreich am wirkungsvollsten auf die Planung und Realisierung der fehlenden Infrastruktur für die Verdichtung des Takts bis zu einem möglichen Stundentakt Zürich-München hinwirken kann.
- ⌘ Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulates.
- Der Ständerat behandelt das Postulat am 18. Juni 2019.

Mo. Hêche. Strassenlärm weiter verringern und die betroffene Bevölkerung schützen (19.3237)

- ① Der Bundesrat wird beauftragt, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, damit immer weniger Menschen dem Strassenlärm ausgesetzt sind, wie dies die Bundesverfassung verlangt, und dass die finanzielle Unterstützung der Kantone und Gemeinden durch den Bund mittels Programmvereinbarungen in derselben Grössenordnung wie in den drei vorangehenden Programmperioden (2008-2018) gewährleistet bleibt.
- Der Ständerat behandelt die Motion am 18. Juni 2019.

Interkantonale Gremien | Verbände

Energie

Swissolar: BFE-Studie: Schweizer Solarpotenzial grösser als benötigt

- ✎ Das ausschöpfbare Solarstrom-Potenzial auf Schweizer Gebäuden liegt gemäss einer am 15. April 2019 veröffentlichten Studie vom BFE bei jährlich 67 Milliarden Kilowattstunden (S. 7). Dies entspricht 110 Prozent des Stromverbrauchs der Schweiz. Zusätzliche Erhebungen von Swissolar ergeben ein Potenzial von weiteren rund 15 Milliarden Kilowattstunden Jahresproduktion ausserhalb von Gebäuden. Photovoltaik kann damit gemäss dem Verband den grössten Teil des Stroms liefern, den die Schweiz für den Atomausstieg und den Verzicht auf fossile Energien brauche. Um dieses Potenzial zu nutzen, wird eine Verfünffachung des heutigen jährlichen Zubaus von Photovoltaik gefordert.

⌚ Swissolar, Geschäftsstelle, T 044 250 88 33

📄 [Vollständige Meldung](#)

Natürliche Ressourcen | Ökosysteme

WWF, Greenpeace, Pro Natura und BirdLife: Pestizidcocktails in kleinen Fließgewässern der Schweiz

- ✎ Am 2. April 2019 hat die Eawag, das Wasserforschungsinstitut des ETH-Bereichs, in ihrer neusten Analyse zu Pestiziden in Schweizer Fließgewässern aufgezeigt, dass kleine Fließgewässer in landwirtschaftlich geprägten Regionen heute so stark durch Pestizide belastet sind, dass das Überleben der Wasserorganismen gefährdet ist (S. 8). Die Ergebnisse sind gemäss WWF, Greenpeace, Pro Natura und BirdLife erschreckend und zeigen erneut den dringenden Handlungsbedarf auf. Die Massnahmen, die der Aktionsplan Pflanzenschutz des Bundes vorsehe, würden die Situation nicht verbessern: Bis 2027 sollen die Grenzwertüberschreitungen bloss halbiert werden. Die Umweltverbände senden deshalb einen dringenden Appell an die Politik: Es brauche einen Paradigmenwechsel in der Landwirtschaft, weg von Pestiziden hin zu agrarökologischen Methoden, wie es zum Beispiel die «Initiative für sauberes Trinkwasser» fordert (S. 3).

⌚ Eva Wyss, WWF, Projektleiterin Landwirtschaft, T 044 297 21 71

⌚ Philippe Schenkel, Greenpeace, Landwirtschaftsexperte, M 078 790 52 84

⌚ Pascal König, BirdLife, Projektleiter Landwirtschaft, T 044 457 70 26

⌚ Michael Casanova, Pro Natura, Projektleiter Gewässerschutz, T 061 317 92 29

📄 [Vollständige Meldung](#)

Tier- und Artenschutz

WWF Schweiz, BirdLife Schweiz und Pro Natura: Jagdschutzgesetz: Das Referendum naht

- ✎ Das geltende Jagd- und Schutzgesetz (JSG) kann gemäss WWF, BirdLife und Pro Natura als austariert bezeichnet werden: Das Dreieck «Schutz, Regulierung und Jagd» habe sich bewährt. Den Anstoss zur Revision des geltenden Gesetzes gab die moderate Motion von Ständerat Stefan Engler ([14.3151](#)) «Zusammenleben von Wolf und Bergbevölkerung», welche vom Bundesrat eine Anpassung des Jagdgesetzes «zum Zwecke der Bestandsregulierung bei Wolfspopulationen»

verlangt. Diese fand in beiden Räten eine Mehrheit, und auch Naturschutzorganisationen haben die Motion akzeptiert. Fünf Jahre später sei daraus eine stark befrachtete und umstrittene Gesetzesrevision erwachsen. Akteure, die sich von der Motion eine Versachlichung der Diskussion rund um den Wolf erhofft hatten, erkennen im vorliegenden Gesetzesentwurf den Geist der Motion nicht mehr: Statt den Kantonen mehr Handlungsspielraum im Umgang mit dem Wolf zu geben, werde der Schutz gefährdeter Tierarten ausgehöhlt und stelle die Nutzer über die Schutzinteressen. Dies stelle einen Paradigmenwechsel in der Legiferierung dar. Das Gesetz sei komplizierter statt stringenter geworden, Konflikte rund um den Umgang mit geschützten Arten dürften somit künftig nicht ab- sondern zunehmen. Die Gesetzesrevision schiesst gemäss den Organisationen über das Ziel hinaus und ist zurückzuweisen, ansonsten werde das Referendum ergriffen.

- ⌘ Myriam Stucki, Corporate Communications, WWF, T 044 297 22 72
- ⌘ Sara Wehrli, Pro Natura, Verantwortliche Jagdpolitik, T 061 317 92 08
- ⌘ Werner Müller, BirdLife, Geschäftsführer, M 079 448 80 36

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Greenpeace: Eine Million Arten auf der Intensivstation

- ✎ Die Ergebnisse des Global Assessment Reports des Weltbiodiversitätsrats IPBES, der bisher umfassendsten internationalen Untersuchung zum Artenschutz überhaupt zeigt, dass die Zahl der Arten, die für immer von dieser Erde verschwunden sind, mit extremer Geschwindigkeit steigt (S. 9). Weltweit dürfte es heute etwa acht Millionen Tier- und Pflanzenarten geben, davon sind rund eine Million vom Aussterben bedroht. Dafür verantwortlich ist die menschliche Zivilisation. Die Schweiz ist gemäss Greenpeace in Sachen Klima- und Artenschutz untätig. Die Agrarpolitik setze weiterhin auf den grossflächigen Einsatz von Pestiziden und Schweizer Grossbanken und Pensionskassen investieren in fossile Energien.

- ⌘ Yves Zenger, Greenpeace, Mediensprecher, T 044 447 41 56

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Verkehr | Lärm

40 Jahre Kampf für einen klimaverträglichen Verkehr

- ✎ Der VCS kämpft gemäss einer Medienmitteilung vom Mai 2019 seit 40 Jahren für tiefere Schadstoffe und CO₂-Emissionen im Strassen- und Flugverkehr. Wie dringend das Engagement des VCS für eine nachhaltige Verkehrspolitik und den Klimaschutz nach wie vor sei, zeigen jüngste Berechnung und Einschätzung des Bundesamts für Umwelt (S. 13). Statt weniger, verursachte der Verkehr 2017 einen Ausstoss von 15 Millionen Tonnen CO₂- Äquivalenten, 1 Prozent mehr als 1990, so dass die Schweiz die Klimaziele verfehlen wird. Die Zielverpflichtung der Schweiz gemäss dem Pariser Klimaabkommen laute aber, dass 2020 10 Prozent weniger Treibhausgase emittiert werden sollen. Dafür brauche es rasche und strenge Massnahmen.

- ⌘ Ruedi Blumer, VCS-Präsident, Tel. 079 465 43 07

- ⌘ Anders Gautschi, VCS-Geschäftsführer, Tel. 079 960 11 71

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Zug statt Flug

✎ Am 8. Mai 2019 hat der Nationalrat die Motion «Verlagerungsstrategie für Kurzstreckenflüge» ([17.3414](#)) behandelt. Damit hätte der Nationalrat gemäss den Organisationen umverkehr, Schweizerische Energie-Stiftung (SES), VCS, WWF, der Koalition KLUG, Alliance Sud und der Klima-Allianz die Chance gehabt, zu zeigen, dass er es ernst meint in Sachen Klimaschutz. Der Luftverkehr sei bereits für über 18 Prozent des menschengemachten Klimaeffekts der Schweiz verantwortlich – und die Prognosen zeigen weiter nach oben. Wenn nichts unternommen wird, werde der Luftverkehr bis 2030 zum grössten Treiber des Klimaeffekts. Durch die Verlagerung von Flug auf Zug könnten enorme Treibhausgasemissionen eingespart und somit die negativen Auswirkungen auf die Umwelt verringert werden.

† Christian Lüthi, Klima-Allianz, Geschäftsleiter, M 076 580 44 99

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Klima | Luft

WWF: Treibhausgase: Es geht viel zu langsam

✎ Am 15. April 2019 hat der Bund das neue umfassende Treibhausgas-Inventar für die Schweiz veröffentlicht: 2017 ist der Ausstoss um rund 2 Prozent gesunken, u.a. dank mildem Winter und entsprechend tieferem Heizöl-Verbrauch. Die Emissionen müssen gemäss dem WWF pro Jahr jedoch um rund 4 Prozent sinken, damit die Schweiz für die Ziele des Pariser Klimaabkommens auf Kurs bleibe. Statt das zu tiefe Tempo zu verdoppeln, wolle der Bundesrat das aktuelle Tempo aber nur halbieren: Ab 2020 sollen die Emissionen in der Schweiz nur noch um 1 Prozent pro Jahr sinken. Das Inventar zeige auch: Das wohl grösste Sorgenkind der Schweizer Klimapolitik bleibt der Verkehr. Autos und in der Schweiz startende Flugzeuge verursachen je rund einen Fünftel der Treibhausgase. Der WWF fordert Kostenwahrheit für alle Treibhausgas-Verursacher.

† Patrick Hofstetter, WWF, Leiter Klima und Energie, M 076 305 67 37

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Verein Klimaschutz: Sammelbeginn der Gletscher-Initiative

✎ Am 10. Mai 2019 hat die Unterschriftensammlung für die Gletscher-Initiative begonnen. Sie fordert netto null Treibhausgasemissionen bis spätestens 2050. Das Anliegen wird von einer starken Klimabewegung getragen, der Verein sowie das Initiativkomitee sind breit abgestützt: Von den Parteien FDP, CVP, BDP, GLP, SP und den Grünen sitzt je ein Bundesparlamentarier oder eine Bundesparlamentarierin im Komitee. Ausserdem sind die Jugend, das Alter, die Wissenschaften, die Wirtschaft, die Landwirtschaft und der Wintersport, die Kirchen, Männer und Frauen, Personen aus allen Landesteilen vertreten.

† Sophie Fürst, Verein Klimaschutz, Geschäftsleiterin, M 079 321 88 74

🔗 [Vollständige Meldung](#)

Impressum

Redaktion

Rahel Loretan (Leitung), loretan@ecopolitics.ch

Julia Heeb, heeb@ecopolitics.ch

Redaktionsschluss: 20. Mai 2019

Gedruckt auf FSC-MIX-Papier.

© Ecopolitics GmbH, Postgasse 15, Postfach 817, 3000 Bern 8

Telefon 031 313 34 34, Fax 031 313 34 35

politfocus@ecopolitics.ch, www.ecopolitics.ch

Zeichenerklärung

- ① Ausgangslage
- ⏪ Rückblick
- || Aktueller Stand
- ⏩ Ausblick
- ✓ Reaktionen von Verbänden, Parteien, Gremien
- Ⓞ Kontaktangaben

Erscheinungstermine

Die nächste Nummer (Nr. 4) erscheint als Rückblick auf die Sommersession der eidgenössischen Räte am 27. Juni 2019.

Themen

Ecopolitics publiziert zu folgenden Politthemen die Zeitschrift *politfocus* als Print- und/oder PDF-Version:

<i>politfocus</i> agrarpolitik	ISSN 1661-4771
<i>politfocus</i> bildungspolitik	ISSN 1661-4801
<i>politfocus</i> gesundheitspolitik	ISSN 1661-481X
<i>politfocus</i> sozialpolitik	ISSN 1661-5549
<i>politfocus</i> umweltpolitik	ISSN 1661-4836
<i>politfocus</i> politique environnementale	ISSN 1661-5557
<i>politfocus</i> wirtschaftspolitik	ISSN 1661-5530

Abonnemente

Ein Jahresabonnement können Sie bequem auf unserer Website bestellen. Unter www.politfocus.ch finden Sie auch die aktuellen Preise sowie die geltenden Konditionen.

Weitere Produkte von Ecopolitics

politmonitoring: Mit dem *politmonitoring* unterstützen wir Sie dabei, die für Ihren Themenbereich relevanten Geschäfte über den gesamten politischen Prozess zu verfolgen.

politagenda: Mit der *politagenda* informieren wir Sie wöchentlich über Termine der Bundespolitik im für Sie relevanten Themenbereich.

polittraining: Im Rahmen unserer Kurse zeigen wir Ihnen die Funktionsweise des politischen Systems auf und wie Sie sich darin Gehör verschaffen.

Ecopolitics

Ecopolitics ist Partnerin von Institutionen, die sich professionell in die Politik einbringen wollen. Wir informieren über Politik, erarbeiten Analysen und Strategien und helfen Ihnen, Ihre Anliegen wirkungsvoll in die Politik einzubringen.

www.ecopolitics.ch